

Symbolbild: istock.com/juanmonino

MEDIENECHO

NOVEMBER 2019

NUR FÜR INTERNEN GEBRAUCH



**JUGEND
EINE
WELT**

Jugend Eine Welt engagiert sich seit 1997 für internationale Jugendhilfe und Entwicklungszusammenarbeit.

Mit Presse- und Öffentlichkeitsarbeit informieren wir über unsere Arbeit in Ländern des Südens und in Österreich.

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit, Anwaltschaft und die Förderung von Freiwilligenengagement gehören zu den Schlüssel-Aktivitäten von Jugend Eine Welt. Die Bekanntmachung der internationalen Sozial- und Bildungsarbeit von Don Bosco und die Sensibilisierung für den Jugendapostel und Sozialpionier Giovanni Bosco ergänzen unsere Arbeit und helfen mit, das weltweite Engagement von Don Bosco bekannter zu machen.

Durch Gründung eigener Fachorganisationen wie Don Bosco Finance GmbH, Don Bosco Service GmbH, Jugend Eine Welt Stiftung, „Eine Welt Arbeit“ und durch die Mit-Trägerschaften von „*VOLONTARIAT bewegt*“ (Gründungsmitglied; Mitträger: Salesianer Don Boscos) und „Don Bosco Flüchtlingswerk“ (Gründungsmitglied; Mitträger Salesianer Don Boscos, Don Bosco Schwestern) oder „Don Bosco Youthnet“ (Gründungsmitglied; zahlreiche europ. Partner) fördert Jugend Eine Welt spezifische Aktionsfelder. Durch Mit-Trägerschaften von Organisationen und dem Engagement in diversen Netzwerken Österreichs verankert Jugend Eine Welt seine Arbeit in einer breiteren Öffentlichkeit und fokussiert im Verbund mit anderen auf ganzheitliche Kinderhilfe, Jugendförderung und globale Gerechtigkeit.

Das vorliegende, monatlich erscheinende Medienecho informiert auszugsweise über Jugend Eine Welt in der Medienberichterstattung sowie Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit durch Jugend Eine Welt.

Kein Anspruch auf Vollständigkeit.
NUR für den internen Gebrauch.

NOVEMBER 2019

Themenschwerpunkte

- Allerheiligen
- 30 Jahre Kinderrechte
- Welttag der Kinderrechte
- Nachhaltige
Entwicklungspolitik gefordert

Neue Drucksorten und
Projektbesuche bei
Jugend Eine Welt!



Zahlscheinbeilage in
den Kirchenzeitungen
Wien, Salzburg,
Burgenland, Kärnten,
sowie in der Tiroler
Tageszeitung und den
Oberösterreichischen
Nachrichten!

P. Tom Jerry SDB und
die Schwestern Adina
Balan CJ und Monica
Cojan CJ besuchten uns
in Wien!



Alle aktuelle Termine
gibt es auf der
Homepage von Jugend
Eine Welt zu erfahren!

JUGEND EINE WELT TERMINE

TERMINE 07.11.2019

INTERPÄDAGOGICA 2019

Wien 1021, Messe Wien, Messeplatz 1, 7.-9. November 2019



TERMINE 10.11.2019

NÖ FREIWILLIGENMESSE ST. PÖLTEN 2019

Landhaus St. Pölten, Landhausplatz 1, Regierungsviertel, 10.11. ab 10 Uhr

TERMINE 20.11.2019

SENIOR EXPERTS INFOABEND

Wien 1130, Münchreiterstraße 31, 20. November 2019, 17.00 - 19.00 Uhr



TERMINE 29.11.2019

JUGEND EINE WELT ACADEMY 2019

KlimapionierInnen gesucht - es ist Zeit, aktiv zu werden! 29.11 - 1.12.19

TERMINE 04.12.2019

ABSCHLUSSVERANSTALTUNG INKLUSIONSPROJEKT

Wien 1060, Windmühlgasse 26, 4. Dezember, 17 - 18.30 Uhr



TERMINE 07.01.2020

FREUNDSCHAFTSREISE NACH ECUADOR 2020

Jugend Eine Welt lädt zur Ecuadorreise ein

TERMINE 18.01.2020

INFORMATIONEN- U. AUSWAHLTAG VOLONTARIAT BEWEGT

Wien, Hagenmüllergasse 31, 1030, 18. Jänner 2020, 9-17 Uhr

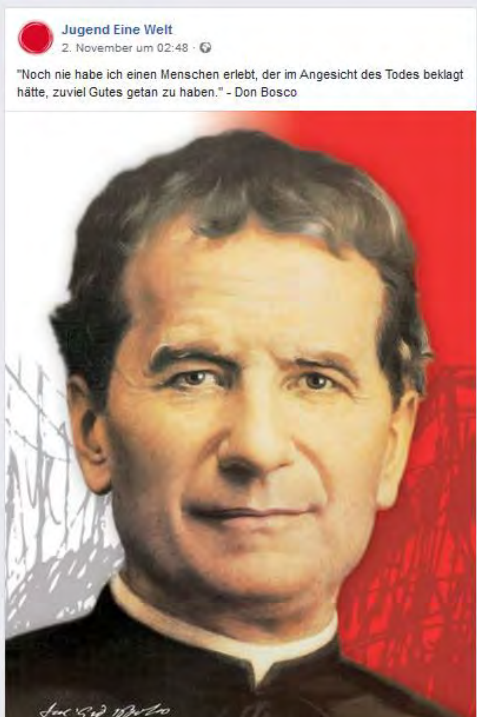


TERMINE 08.02.2020

SENDUNGSFEIER VOLONTARIAT BEWEGT

Wien, Hagenmüllergasse 31, 1030, 8. Februar 2020, 13:30 Uhr

Die Facebook-Seite von
Jugend Eine Welt!



Datum: 30.11.2019

Medium: www.facebook.com/jugendeinewelt



**JUGEND
EINE
WELT**

Beiträge von anderen
Facebookseiten die
Jugend Eine Welt
erwähnt haben!





Dank für Kranzspenden

Wenn ein geliebter Mensch von uns geht, drücken wir unsere Trauer mit Grabblumen aus. Immer häufiger entscheiden sich Angehörige für eine Kranzspende: **Statt mit Blumen ehren sie das Andenken durch eine Spende.**



Wir bedanken uns bei allen, die Kinder weltweit durch eine Spende an Jugend Eine Welt unterstützt haben. Vergelt's Gott!



JUGEND EINE WELT

www.jugendeinewelt.at



Börsen-Kurier

ÖSTERREICH'S WOCHENZEITUNG FÜR FINANZ UND WIRTSCHAFT SEIT 1922



**JUGEND EINE WELT
STIFTUNG**

IHRE AKTIEN WERDEN ZUR ZUKUNFTSCHANCE FÜR KINDER WELTWEIT!

Werden Sie Stifter oder machen Sie eine
Zustiftung. Realisieren Sie Ihr persönliches
Bildungsprojekt und schenken Sie jungen
Menschen weltweit langfristig Zukunft!

Wir informieren Sie gerne:

stiftung@jugendeinewelt.at | +43 1 879 07 07-30



Partner von

JUGEND EINE WELT



ZINSENLOSE DARLEHEN FÜR ENTWICKLUNGS- ZUSAMMENARBEIT

Jugend Eine Welt fördert seit 20 Jahren Sozial-
und Bildungsprojekte weltweit. Mit Hilfe Ihres
zinsenlosen Darlehens können Projekte vor- und
zwischenfinanziert werden.

www.jugendeinewelt.at/fairesgeld
darlehen@jugendeinewelt.at



JUGEND EINE WELT



PALÄSTINA



JUGEND EINE WELT

Unterstützung gesucht

Die Don Bosco-Schule im Westjordanland braucht dringend einen neuen Wassertank. Der alte rostet und hält nicht mehr lang. Gemeinsam können wir die Investition von rund **€ 2.700,-** schaffen. Helfen Sie mit Ihrer Spende!

Mehr Info unter:

+43 1 879 07 07 - 07, spenden@jugendeinewelt.at, www.jugendeinewelt.at

Jugend Eine Welt Spendenkonto: AT66 3600 0000 0002 4000



ELFENBEINKÜSTE



JUGEND EINE WELT

Förderer mit Herz

Die Tiroler Don Bosco Schwester Hanni Denifl bittet für junge Menschen in der Elfenbeinküste um Hilfe. Die dreijährige Schneiderlehre kostet **€ 1.560,-** pro Person. Schenken Sie benachteiligten Jugendlichen eine Ausbildung! Jeder Euro zählt!

Mehr Info unter:

+43 1 879 07 07 - 07, spenden@jugendeinewelt.at, www.jugendeinewelt.at

Jugend Eine Welt Spendenkonto: AT66 3600 0000 0002 4000



JUGEND
EINE
WELT

SCHENKEN SIE EIN WEIHNACHTSWUNDER

Weltweit gibt es zahlreiche Kinder, die in **bitterer Armut** leben und nicht zur Schule gehen können. Diese Kinder brauchen unsere Hilfe!

Seit **über zwanzig Jahren** engagiert sich Jugend Eine Welt weltweit für benachteiligte junge Menschen und ermöglicht ihnen durch Bildung einen Ausweg aus der Armut. Auch Sie können helfen: mit Ihrer **Weihnachtsspende** oder mit dem Kauf von Geschenken aus unserem **Shop!**

Spenden Sie online unter www.jugendeinewelt.at oder
Spendenkonto: AT66 3600 0000 0002 4000
Danke für Ihre Hilfe! Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.
Tel. +43 1 879 07 07 - 0 | E-Mail: spenden@jugendeinewelt.at



Der Cremisan-Wein „Star of Bethlehem“ ist das ideale Weihnachtsgeschenk. Mit dem Kauf unterstützen Sie Schulen in Palästina. Ab € 14,80 exkl. Versand

Unsere Weihnachtskugel ist ein toller Hingucker! Mit dem Erwerb unterstützen Sie Bildungsprojekte weltweit. Ab € 19,90 exkl. Versand

Mehr Geschenke auf:
www.jugendeinewelt.at/shop



Vortrag brachte 600 Spenden-Euro

GMÜND | Voll war das Pfarrzentrum beim Vortrag von Elfi Riedel über „Guadalupe – der meist besuchte Marienwallfahrtsort der Welt“. Die vom Katholischen Bildungswerk Gmünd organisierte Veranstaltung brachte 600 Euro Spenden für das Don Bosco Sozialprojekt „Jugend - Eine Welt im Armenviertel von Mexiko City“. Im Bild: Annelore Platzer, Gabi Libowitzky, Jasmin Zemansky, Marianne Tüchler, Maria Angrosch, Pfarrer Rudolf Wagner, Margit Haumer, Elfi Riedel, Karin Riedel, Maria Reiterer, Anni Leitner, Grete Schwingenschlögel und Hermine Cizek. Foto: privat

Österreichs Ansehen in der Welt stärken – nachhaltige Entwicklung fördern

ExpertInnen schlagen Maßnahmen zum Kurswechsel in der Entwicklungspolitik vor

Wien (OTS) - Immer noch sind 3,4 Milliarden Menschen weltweit arm, 596 Millionen gelten sogar als extrem arm. 821 Millionen Menschen hungern weltweit. Die Klimakrise wird die ohnehin dramatische Lage für viele Menschen weiter verschärfen. Denn es sind gerade die ärmsten Menschen, die am meisten von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen sind. ExpertInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen sind ob dieser Zahlen alarmiert und appellieren an die künftige Bundesregierung, einen Kurswechsel hin zu einer engagierten Entwicklungspolitik zu vollziehen. Mit einer konsequenten Umsetzung der Agenda 2030, einem umfassenden Zukunftspakt mit Afrika und dem damit verbundenen notwendigen Ausbau der Entwicklungsfinanzierung, könnte Österreich seiner Verantwortung in der Welt gerecht werden. Österreich könne zu einem guten und sicheren Leben für alle auf einem gesunden Planeten beitragen und das Ansehen Österreichs in der Welt stärken: mit verstärkter Hilfe vor Ort eine nachhaltige Entwicklung vorantreiben.

Eine bessere Welt auf einem gesunden Planeten

„Mit der Agenda 2030 haben wir einen globalen Aktionsplan für eine bessere Welt auf einem gesunden Planeten in der Hand. Österreich hat diesen Plan selbst mit ausgearbeitet. Angesichts weltweiter Katastrophen und Klimakrise wird er jeden Tag dringlicher. Deshalb muss die Umsetzung dieses Aktionsplans auch Chefsache werden und eine Maxime bei der Fassung des kommenden Regierungsprogramms und des Budgets werden“, empfiehlt Sabine Prenn, Geschäftsführerin von Licht für die Welt in Österreich, der zukünftigen Bundesregierung.

Beziehungen zu Afrika komplett neu denken: Zukunftspakt mit Afrika

Eine engagierte Entwicklungspolitik, mit ihren Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) und Humanitären Hilfe, kann zur Erreichung der in der Agenda 2030 definierten Ziele beitragen. Entwicklungspolitik schafft Lebensperspektiven für Menschen, in dem sie zu sozialer und politischer Stabilität beiträgt. Lebensperspektiven, die vielen Menschen gerade in Afrika derzeit fehlen. 70 % der ärmsten Länder der Welt befinden sich in Afrika. Gerade diese Länder sind auch jene, die am meisten von den Folgen der Klimakrise betroffen sind, u.a. weil sie oftmals von der Landwirtschaft abhängig sind. Gleichzeitig haben sie am wenigsten zur Klimakrise beigetragen.

„Afrika ist unser Nachbarkontinent. Es kann uns nur gut gehen, wenn es auch unserem Nachbarn gut geht. Daher müssen wir unsere bisherigen Beziehungen zu Afrika komplett neu denken. Es geht um Frieden und Rechtsstaatlichkeit, eine nachhaltige Landwirtschaft, die die Menschen ernähren kann, Bildung, Wirtschaft auf Augenhöhe, gute Jobs und funktionierende Sozialsysteme. Dafür brauchen wir, schon aus eigenem Interesse, einen starken Zukunftspakt mit Afrika!“, betont Andreas Knapp, Generalsekretär Internationale Programme Caritas Österreich.

„Wir brauchen eine Politik mit den Ländern Afrikas, die auf aktuelle Herausforderungen proaktiv reagiert und aus Herausforderungen Chancen macht“, präzisiert **Jugend Eine Welt**-Geschäftsführer Reinhard Heiserer. „Prognosen zufolge wird sich die Bevölkerung Afrikas bis 2050 auf zweieinhalb Milliarden verdoppeln. Österreich sollte verstärkt Bildungs- und Investitionsprogramme fördern, damit diese jungen Menschen in ihren Heimatländern gute Zukunftsperspektiven vorfinden. Eine gezielte Stärkung von Frauen und Mädchen hätte zudem den positiven Effekt, dass die Geburtenraten zurückgehen würden“, so Heiserer.

„Mit unseren Projekten und innovativen Ansätzen in der Entwicklungszusammenarbeit beseitigen wir Armut und Hunger in vielen Regionen, stärken Gemeinschaften und wirken gleichzeitig direkt oder indirekt der Klimakrise entgegen. Das mit dem Alternativnobelpreis ausgezeichnete Konzept Farmer Managed Natural Regeneration (FMNR) beispielsweise ist eine wirksame Methode, mit der Böden in trockenen Landstrichen wieder fruchtbar gemacht werden. Diese Wiederbegrünung hilft Mensch und Natur“, so Sebastian Corti, Geschäftsführer von World Vision Österreich.

Klimakrise und Konflikte steigern Bedarf an Humanitärer Hilfe

„Der Bedarf an humanitärer Hilfe steigt weltweit aufgrund von langanhaltenden Konflikten und der Klimakrise. Allein die Zahl der Menschen, die von klimabedingten Katastrophen betroffen sind, wird sich bis 2050 auf mehr als 200 Millionen pro Jahr verdoppeln“, sagt Rotkreuz-Generalsekretär Michael Opriesnig. „Österreich sollte deshalb ein Land sein, das die Finanzierung für Humanitäre Hilfe auf ein international übliches Niveau anhebt. Wenn nicht endlich mehr Geld in Katastrophenvorsorge und Risikominimierung investiert wird, werden die Kosten für das Nichtstun zu hoch sein.“ Neben der Erhöhung des Auslandskatastrophenfonds von 15 auf 60 Millionen Euro schlägt er einen Fonds für Investitionen in Katastrophenvorsorge und Risikominderung vor.

Entwicklungsfinanzierung als Investition in Österreichs Zukunft

„Ein Ausbau der Entwicklungsfinanzierung ist auch eine Investition in Österreichs Zukunft. Wir können nur in Frieden und Sicherheit leben, wenn wir Ungerechtigkeit und Elend gerade auf unserem Nachbarkontinent beenden.“ ergänzt Annelies Vilim, Geschäftsführerin der AG Globale Verantwortung. „Dafür braucht es neben mehr Mittel für Humanitäre Hilfe auch entsprechend mehr Geld für langfristige Projekte, um beispielsweise einen Zukunftspakt mit Afrika zu realisieren. Die Verdoppelung der Mittel für die direkte Projekthilfe ist daher ein Gebot der Stunde. Letztlich wird Österreich sein Ansehen in der Welt aber vor allem dann stärken können, wenn wir das international vereinbarte Ziel, 0,7% des BNE für Entwicklungsleistungen zur Verfügung zu stellen, auch erreichen. Bis Ende 2020 sollte ein Stufenplan erarbeitet werden, der gesetzlich festlegt, wie Österreich bis 2030 dieses Ziel erreichen wird.“ schließt Vilim.



Österreichs Ansehen in der Welt stärken- nachhaltige Entwicklung fördern

(Presseaussendung - 18.11.2019) Immer noch sind 3,4 Milliarden Menschen weltweit arm, 596 Millionen gelten sogar als extrem arm. 821 Millionen Menschen hungern weltweit. Die Klimakrise wird die ohnehin dramatische Lage für viele Menschen weiter verschärfen. Denn es sind gerade die ärmsten Menschen, die am meisten von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen sind. ExpertInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen sind ob dieser Zahlen alarmiert und appellieren an die künftige Bundesregierung, einen Kurswechsel hin zu einer engagierten Entwicklungspolitik zu vollziehen. Mit einer konsequenten Umsetzung der Agenda 2030, einem umfassenden Zukunftspakt mit Afrika und dem damit verbundenen notwendigen Ausbau der Entwicklungsfinanzierung, könnte Österreich seiner Verantwortung in der Welt gerecht werden. Österreich könne zu einem guten und sicheren Leben für alle auf einem gesunden Planeten beitragen und das Ansehen Österreichs in der Welt stärken: mit verstärkter Hilfe vor Ort eine nachhaltige Entwicklung vorantreiben.



Eine bessere Welt auf einem gesunden Planeten

„Mit der Agenda 2030 haben wir einen globalen Aktionsplan für eine bessere Welt auf einem gesunden Planeten in der Hand. Österreich hat diesen Plan selbst mit ausgearbeitet. Angesichts weltweiter Katastrophen und Klimakrise wird er jeden Tag dringlicher. Deshalb muss die Umsetzung dieses Aktionsplans auch Chefsache werden und eine Maxime bei der Fassung des kommenden Regierungsprogramms und des Budgets werden“, empfiehlt

Sabine Prenn, Geschäftsführerin von Licht für die Welt in Österreich, der zukünftigen Bundesregierung.

Beziehungen zu Afrika komplett neu denken: Zukunftspakt mit Afrika

Eine engagierte Entwicklungspolitik, mit ihren Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) und Humanitären Hilfe, kann zur Erreichung der in der Agenda 2030 definierten Ziele beitragen. Entwicklungspolitik schafft Lebensperspektiven für Menschen, in dem sie zu sozialer und politischer Stabilität beiträgt. Lebensperspektiven, die vielen Menschen gerade in Afrika derzeit fehlen. 70 % der ärmsten Länder der Welt befinden sich in Afrika. Gerade diese Länder sind auch jene, die am meisten von den Folgen der Klimakrise betroffen sind, u.a. weil sie oftmals von der Landwirtschaft abhängig sind. Gleichzeitig haben sie am wenigsten zur Klimakrise beigetragen.

„Afrika ist unser Nachbarkontinent. Es kann uns nur gut gehen, wenn es auch unserem Nachbarn gut geht. Daher müssen wir unsere bisherigen Beziehungen zu Afrika komplett neu denken. Es geht um Frieden und Rechtsstaatlichkeit, eine nachhaltige Landwirtschaft, die die Menschen ernähren kann, Bildung, Wirtschaft auf Augenhöhe, gute Jobs und funktionierende Sozialsysteme. Dafür brauchen wir, schon aus eigenem Interesse, einen starken Zukunftspakt mit Afrika!“, betont Andreas Knapp, Generalsekretär Internationale Programme Caritas Österreich.

„Wir brauchen eine Politik mit den Ländern Afrikas, die auf aktuelle Herausforderungen proaktiv reagiert und aus Herausforderungen Chancen macht“, präzisiert **Jugend Eine Welt**-Geschäftsführer Reinhard Heiserer. „Prognosen zufolge wird sich die Bevölkerung Afrikas bis 2050 auf zweieinhalb Milliarden verdoppeln. Österreich sollte verstärkt Bildungs- und Investitionsprogramme fördern, damit diese jungen Menschen in ihren Heimatländern gute Zukunftsperspektiven vorfinden. Eine gezielte Stärkung von Frauen und Mädchen hätte zudem den positiven Effekt, dass die Geburtenraten zurückgehen würden“, so Heiserer.

„Mit unseren Projekten und innovativen Ansätzen in der Entwicklungszusammenarbeit beseitigen wir Armut und Hunger in vielen Regionen, stärken Gemeinschaften und wirken gleichzeitig direkt oder indirekt der Klimakrise entgegen. Das mit dem Alternativnobelpreis ausgezeichnete Konzept Farmer Managed Natural Regeneration (FMNR) beispielsweise ist eine wirksame Methode, mit der Böden in trockenen Landstrichen wieder fruchtbar gemacht werden. Diese Wiederbegrünung hilft Mensch und Natur“, so Sebastian Corti, Geschäftsführer von World Vision Österreich.

Klimakrise und Konflikte steigern Bedarf an Humanitärer Hilfe

„Der Bedarf an humanitärer Hilfe steigt weltweit aufgrund von langanhaltenden Konflikten und der Klimakrise. Allein die Zahl der Menschen, die von klimabedingten Katastrophen betroffen sind, wird sich bis 2050 auf mehr als 200 Millionen pro Jahr verdoppeln“, sagt Rotkreuz-Generalsekretär Michael Opriesnig. „Österreich sollte deshalb ein Land sein, das die Finanzierung für Humanitäre Hilfe auf ein international übliches Niveau anhebt. Wenn nicht endlich mehr Geld in Katastrophenvorsorge und Risikominimierung investiert wird, werden die Kosten für das Nichtstun zu hoch sein.“ Neben der Erhöhung des Auslandskatastrophenfonds von 15 auf 60 Millionen Euro schlägt er einen Fonds für Investitionen in Katastrophenvorsorge und Risikominderung vor.

Entwicklungsfinanzierung als Investition in Österreichs Zukunft

„Ein Ausbau der Entwicklungsfinanzierung ist auch eine Investition in Österreichs Zukunft. Wir können nur in Frieden und Sicherheit leben, wenn wir Ungerechtigkeit und Elend gerade auf unserem Nachbarkontinent beenden.“ ergänzt Annelies Vilim, Geschäftsführerin der AG Globale Verantwortung. „Dafür braucht es neben mehr Mittel für Humanitäre Hilfe auch entsprechend mehr Geld für langfristige Projekte, um beispielsweise einen Zukunftspakt mit Afrika zu realisieren. Die Verdoppelung der Mittel für die direkte Projekthilfe ist daher ein Gebot der Stunde. Letztlich wird Österreich sein Ansehen in der Welt aber vor allem dann stärken können, wenn wir das international vereinbarte Ziel, 0,7% des BNE für Entwicklungsleistungen zur Verfügung zu stellen, auch erreichen. Bis Ende 2020 sollte ein Stufenplan erarbeitet werden, der gesetzlich festlegt, wie Österreich bis 2030 dieses Ziel erreichen wird.“ schließt Vilim.



NGOs fordern Aufwertung der Entwicklungshilfe

Mit Beginn der Koalitionsverhandlungen haben sich auch die heimischen entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) mit ihren Forderungen zu Wort gemeldet.

Ein Kurswechsel bei humanitärer Hilfe und Entwicklungspolitik sei dringend notwendig, so der Tenor der NGO-Vertreterinnen und -Vertreter bei einer Pressekonferenz heute in Wien. Neben mehr finanziellen Mitteln forderten sie auch neue Strukturen.

Eine neue, zentrale Stelle für globale und nachhaltige Entwicklung – „in Form eines aufgewerteten Außenministeriums, eines eigenen Ministeriums oder eines Staatssekretariats“ – sei notwendig, um den globalen Herausforderungen gerecht zu werden, betonte Annelies Vilim, Geschäftsführerin der NGO-Dachorganisation Globale Verantwortung.

Der derzeitige Aufbau stoße an seine Grenzen, so gebe es etwa durch die verschiedenen Zuständigkeiten Wechselwirkungen – etwa durch internationale Handelsabkommen –, die den Nutzen von Entwicklungshilfe oft konterkarieren würden.

Finanzielle Aufstockung gefordert

Parallel zur strukturellen Aufwertung der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) erneuerten die Hilfsorganisation, darunter die Caritas, Licht für die Welt, das Rote Kreuz, World Vision Österreich und **Jugend Eine Welt**, ihre Forderung nach einer finanziellen Aufstockung der EZA-Mittel.

Im vergangenen Jahr gab Österreich nur 0,26 Prozent der Bruttonationalprodukts für Entwicklungshilfe aus – ein Tiefstand seit 2004. Auch der Auslandskatastrophenfonds (AKF), der Mittel zur Bekämpfung akuter Krisen bereitstellt, ist im internationalen Vergleich mit 15 Millionen Euro recht niedrig dotiert.

„Es ist höchstgradig Zeit für Kurswechsel“, appellierte der Generalsekretär Internationale Programme der Caritas Österreich, Andreas Knapp. Es gehe um die Frage, „ob wir uns weiterhin in der Selbstgefälligkeit als Insel der Seligkeit sehen oder wir, in dem Fall die Regierung, uns ernsthaft zu der globalen Herausforderung bekennen“.

„Wir sitzen alle in einem Boot“, so Knapp, der sich gleichzeitig für einen „Zukunftspakt mit Afrika“, der in der Vergangenheit schon mehrmals von den NGOs gefordert wurde, starkmachte.

Hohe „Kosten der Tatenlosigkeit“

Ein „Masterplan“ für eine engagiertere Entwicklungspolitik liege mit den UNO-Nachhaltigkeitszielen, auch Agenda 2030 genannt, bereits auf dem Tisch, sagte Sabine Prenn, Geschäftsführerin von Licht für die Welt. Die Umsetzung dieses globalen Aktionsplans, der auch von Österreich im Jahr 2015 beschlossen wurde, soll nach Ansicht Prenns „Chefsache“ sein und müsse auch „Maxime bei der Fassung des kommenden Regierungsprogramms und des Budgets“ werden.

Die „Kosten der Tatenlosigkeit“, vor allem bei globalen Krisen und Konflikten sind nach Worten des Rotkreuz-Generalsekretärs Michael Opriesnig eines der wichtigsten Argumente. Es sei „höchste Zeit zu handeln, ansonsten werden die Kosten noch steigen“. Denn „allein die Zahl der Menschen, die von klimabedingten Katastrophen betroffen sind, wird sich bis 2050 auf mehr als 200 Millionen pro Jahr verdoppeln“, so Opriesnig.

Hilfswerke fordern Kurswechsel bei Entwicklungspolitik

Wien, 18.11.2019 (KAP) Der Entwicklungshilfe-Dachverband "AG Globale Verantwortung" fordert anlässlich der laufenden Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP und Grünen einen Kurswechsel "in Richtung global engagierter Entwicklungshilfe". Als konkrete Maßnahmen formulierten Vertreter von Organisationen wie Rotes Kreuz, Licht für die Welt, Caritas Österreich, Jugend Eine Welt und World Vision Österreich die Schaffung einer neuen zentralen Stelle "in Form eines aufgewerteten Außenministeriums, eines eigenen Ministeriums oder eines Staatssekretariats". Angesichts der Klimakrise und der steigenden Zahl hungernder Menschen müsse die künftige Regierung mehr Hilfe bereitstellen, hieß es am Montag bei einer Pressekonferenz.

Als eines der reichsten Länder der Welt müsse Österreich seiner Verantwortung in der Welt gerecht werden, betonte Annelies Vilim, Geschäftsführerin des NGO-Dachverbandes, dem 35 Organisationen aus den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe angehören. In ihrem Appell verwies Vilim auf aktuelle Daten der Weltbank, wonach 3,4 Milliarden Menschen unter der Armutsgrenze leben, 594 Millionen Menschen als extrem arm gelten und 821 Millionen Menschen hungern.

Die Klimakrise verschärfe die "ohnehin dramatische Lage für viele Menschen weiter", wobei gerade die ärmsten Menschen am meisten von den Auswirkungen betroffen seien. Konkret kritisierte Vilim, dass die gesamtstaatlichen Mittel für die Entwicklungshilfe im Vorjahr auf 0,26 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) gesunken sind, obwohl sich Österreich international zu einer 0,7-Prozent-Quote verpflichtet habe.

Als "höchste Zeit zum Handeln" unterstrich Rotkreuz-Generalsekretär Michael Opriesnig die Dringlichkeit der Forderungen. Die "Kosten der Tatenlosigkeit" seien höher als nachhaltige Investitionen in Frieden, humanitäre Hilfe oder Katastrophenvorsorge ausmachen würden. Dazu komme: "Allein die Zahl der Menschen, die von klimabedingten Katastrophen betroffen sind, wird sich bis 2050 auf mehr als 200 Millionen pro Jahr verdoppeln."

UN-Ziele "Chefsache" machen

Österreich müsse die UN-Entwicklungsziele endlich zur Chefsache erklären, forderte Sabine Prenn, Geschäftsführerin von Licht für die Welt in Österreich, von der zukünftigen Bundesregierung. Die 2015 von Österreich bestätigten Entwicklungsziele des Aktionsplans der Vereinten Nationen für die Menschen, den Planeten und den Wohlstand seien vielleicht die letzte Möglichkeit "noch Weichen zu stellen". Die 17 UNO-Ziele für nachhaltige Entwicklung - die sogenannten Sustainable Development Goals (SDGs) - müssten im kommenden Regierungsprogramm und Budget berücksichtigt werden.

Zukunftspakt mit Afrika

Ausdrücklich betonten die Vertreter der "AG Globale Verantwortung", der auch zahlreiche kirchliche Hilfsorganisationen angehören, dass eine engagierte Entwicklungspolitik auch das konkrete Leben und die politische Stabilität in Afrika betreffen müssen. "Die EU-Länder sind keine Geberländer, sondern Nehmerländer", kritisierte Andreas Knapp, Generalsekretär Internationale Programme Caritas Österreich. Europa müsse die wirtschaftlichen Beziehungen mit Afrika überdenken, dazu gehören faire Preise für Rohstoffe genauso wie gerechte Steuerleistungen, Programme gegen Armut und eine Außenpolitik mit Fokus auf Friedenssicherungsmaßnahmen.

Als weitere Maßnahmen schlug Jugend Eine Welt-Geschäftsführer Reinhard Heiserer Bildungs- und Investitionsprogramme vor, damit "jungen Menschen in ihren Heimatländern gute Zukunftsperspektiven vorfinden". Heiserer verwies auf Prognosen, denen zufolge sich die Bevölkerung Afrikas bis 2050 auf zweieinhalb Milliarden verdoppeln soll. Bildungsprogramme würden der Jugend nicht nur helfen Arbeit zu finden, sondern wären auch eine Strategie um die Emigration nach Europa zu verhindern.



Hilfswerke fordern Kurswechsel bei Entwicklungspolitik

Der [Entwicklungshilfe-Dachverband "AG Globale Verantwortung"](#) fordert anlässlich der laufenden Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP und Grünen einen Kurswechsel "in Richtung global engagierter Entwicklungshilfe". Als konkrete Maßnahmen formulierten Vertreter von Organisationen wie Rotes Kreuz, Licht für die Welt, Caritas Österreich, Jugend Eine Welt und World Vision Österreich die Schaffung einer neuen zentralen Stelle "in Form eines aufgewerteten Außenministeriums, eines eigenen Ministeriums oder eines Staatssekretariats". Angesichts der Klimakrise und der steigenden Zahl hungernder Menschen müsse die künftige Regierung mehr Hilfe bereitstellen, hieß es am Montag, 18. November 2019 bei einer Pressekonferenz.

Als eines der reichsten Länder der Welt müsse Österreich seiner Verantwortung in der Welt gerecht werden, betonte Annelies Vilim, Geschäftsführerin des NGO-Dachverbandes, dem 35 Organisationen aus den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe angehören. In ihrem Appell verwies Vilim auf aktuelle Daten der Weltbank, wonach 3,4 Milliarden Menschen unter der Armutsgrenze leben, 594 Millionen Menschen als extrem arm gelten und 821 Millionen Menschen hungern.

Die Klimakrise verschärfe die "ohnehin dramatische Lage für viele Menschen weiter", wobei gerade die ärmsten Menschen am meisten von den Auswirkungen betroffen seien. Konkret kritisierte Vilim, dass die gesamtstaatlichen Mittel für die Entwicklungshilfe im Vorjahr auf 0,26 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) gesunken sind, obwohl sich Österreich international zu einer 0,7-Prozent-Quote verpflichtet habe.

Als "höchste Zeit zum Handeln" unterstrich Rotkreuz-Generalsekretär Michael Opriesnig die Dringlichkeit der Forderungen. Die "Kosten der Tatenlosigkeit" seien höher als nachhaltige Investitionen in Frieden, humanitäre Hilfe oder Katastrophenvorsorge ausmachen würden. Dazu komme: "Allein die Zahl der Menschen, die von klimabedingten Katastrophen betroffen sind, wird sich bis 2050 auf mehr als 200 Millionen pro Jahr verdoppeln."

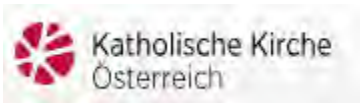
UN-Ziele "Chefsache" machen

Österreich müsse die UN-Entwicklungsziele endlich zur Chefsache erklären, forderte Sabine Prenn, Geschäftsführerin von Licht für die Welt in Österreich, von der zukünftigen Bundesregierung. Die 2015 von Österreich bestätigten Entwicklungsziele des Aktionsplans der Vereinten Nationen für die Menschen, den Planeten und den Wohlstand seien vielleicht die letzte Möglichkeit "noch Weichen zu stellen". Die 17 UNO-Ziele für nachhaltige Entwicklung - die sogenannten Sustainable Development Goals (SDGs) - müssten im kommenden Regierungsprogramm und Budget berücksichtigt werden.

Zukunftspakt mit Afrika

Ausdrücklich betonten die Vertreter der "AG Globale Verantwortung", der auch zahlreiche kirchliche Hilfsorganisationen angehören, dass eine engagierte Entwicklungspolitik auch das konkrete Leben und die politische Stabilität in Afrika betreffen müssen. "Die EU-Länder sind keine Geberländer, sondern Nehmerländer", kritisierte Andreas Knapp, Generalsekretär Internationale Programme Caritas Österreich. Europa müsse die wirtschaftlichen Beziehungen mit Afrika überdenken, dazu gehören faire Preise für Rohstoffe genauso wie gerechte Steuerleistungen, Programme gegen Armut und eine Außenpolitik mit Fokus auf Friedenssicherungsmaßnahmen.

Als weitere Maßnahmen schlug **Jugend Eine Welt**-Geschäftsführer Reinhard Heiserer Bildungs- und Investitionsprogramme vor, damit "jungen Menschen in ihren Heimatländern gute Zukunftsperspektiven vorfinden". Heiserer verwies auf Prognosen, denen zufolge sich die Bevölkerung Afrikas bis 2050 auf zweieinhalb Milliarden verdoppeln soll. Bildungsprogramme würden der Jugend nicht nur helfen Arbeit zu finden, sondern wären auch eine Strategie um die Emigration nach Europa zu verhindern.



Hilfswerke fordern Kurswechsel bei Entwicklungspolitik

Dachverband "AG Globale Verantwortung" will Erhöhung der bilateralen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und fordert neue Zentralstelle für globale und nachhaltige Entwicklung.

Der Entwicklungshilfe-Dachverband "AG Globale Verantwortung" fordert anlässlich der laufenden Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP und Grünen einen Kurswechsel "in Richtung global engagierter Entwicklungshilfe". Als konkrete Maßnahmen formulierten Vertreter von Organisationen wie Rotes Kreuz, Licht für die Welt, Caritas Österreich, **Jugend Eine Welt** und World Vision Österreich die Schaffung einer neuen zentralen Stelle "in Form eines aufgewerteten Außenministeriums, eines eigenen Ministeriums oder eines Staatssekretariats". Angesichts der Klimakrise und der steigenden Zahl hungernder Menschen müsse die künftige Regierung mehr Hilfe bereitstellen, hieß es am Montag bei einer Pressekonferenz.

Als eines der reichsten Länder der Welt müsse Österreich seiner Verantwortung in der Welt gerecht werden, betonte Annelies Vilim, Geschäftsführerin des NGO-Dachverbandes, dem 35 Organisationen aus den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

angehören. In ihrem Appell verwies Vilim auf aktuelle Daten der Weltbank, wonach 3,4 Milliarden Menschen unter der Armutsgrenze leben, 594 Millionen Menschen als extrem arm gelten und 821 Millionen Menschen hungern.

Die Klimakrise verschärfe die "ohnehin dramatische Lage für viele Menschen weiter", wobei gerade die ärmsten Menschen am meisten von den Auswirkungen betroffen seien. Konkret kritisierte Vilim, dass die gesamtstaatlichen Mittel für die Entwicklungshilfe im Vorjahr auf 0,26 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) gesunken sind, obwohl sich Österreich international zu einer 0,7-Prozent-Quote verpflichtet habe.

Als "höchste Zeit zum Handeln" unterstrich Rotkreuz-Generalsekretär Michael Opiresnig die Dringlichkeit der Forderungen. Die "Kosten der Tatenlosigkeit" seien höher als nachhaltige Investitionen in Frieden, humanitäre Hilfe oder Katastrophenvorsorge ausmachen würden. Dazu komme: "Allein die Zahl der Menschen, die von klimabedingten Katastrophen betroffen sind, wird sich bis 2050 auf mehr als 200 Millionen pro Jahr verdoppeln."

UN-Ziele "Chefsache" machen

Österreich müsse die UN-Entwicklungsziele endlich zur Chefsache erklären, forderte Sabine Prenn, Geschäftsführerin von Licht für die Welt in Österreich, von der zukünftigen Bundesregierung. Die 2015 von Österreich bestätigten Entwicklungsziele des Aktionsplans der Vereinten Nationen für die Menschen, den Planeten und den Wohlstand seien vielleicht die letzte Möglichkeit "hoch Weichen zu stellen". Die 17 UNO-Ziele für nachhaltige Entwicklung - die sogenannten Sustainable Development Goals (SDGs) - müssten im kommenden Regierungsprogramm und Budget berücksichtigt werden.

Zukunftspakt mit Afrika

Ausdrücklich betonten die Vertreter der "AG Globale Verantwortung", der auch zahlreiche kirchliche Hilfsorganisationen angehören, dass eine engagierte Entwicklungspolitik auch das konkrete Leben und die politische Stabilität in Afrika betreffen müssen. "Die EU-Länder sind keine Geberländer, sondern Nehmerländer", kritisierte Andreas Knapp, Generalsekretär Internationale Programme Caritas Österreich. Europa müsse die wirtschaftlichen Beziehungen mit Afrika überdenken, dazu gehören faire Preise für Rohstoffe genauso wie gerechte Steuerleistungen, Programme gegen Armut und eine Außenpolitik mit Fokus auf Friedenssicherungsmaßnahmen.

Als weitere Maßnahmen schlug **Jugend Eine Welt**-Geschäftsführer Reinhard Heiserer Bildungs- und Investitionsprogramme vor, damit "jungen Menschen in ihren Heimatländern gute Zukunftsperspektiven vorfinden". Heiserer verwies auf Prognosen, denen zufolge sich die Bevölkerung Afrikas bis 2050 auf zweieinhalb Milliarden verdoppeln soll. Bildungsprogramme

würden der Jugend nicht nur helfen Arbeit zu finden, sondern wären auch eine Strategie um die Emigration nach Europa zu verhindern.

Klimawandel global begegnen: NGOs fordern nachhaltige Entwicklungspolitik

Österreichs NGOs warnen: 3,4 Milliarden Menschen unserer Weltgemeinschaft sind arm. Und die Klimakrise wird die dramatische Lage für viele Menschen weiter verschärfen. Es braucht dringend neue gesetzliche und organisatorische Rahmenbedingungen für verstärkte Hilfe vor Ort.

Von R. Manoutschehr

Österreichs NGOs warnen: 3,4 Milliarden Menschen unserer Weltgemeinschaft sind arm, 596 Millionen gelten sogar als extrem arm. 821 Millionen Menschen hungern weltweit. Und die Klimakrise wird die ohnehin dramatische Lage für viele Menschen weiter verschärfen. Denn es sind gerade die ärmsten Menschen, die am meisten von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen sind.

ExpertInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen sind ob dieser Zahlen alarmiert und appellieren an die künftige Bundesregierung, einen Kurswechsel hin zu einer engagierten Entwicklungspolitik zu vollziehen. „Mit einer konsequenten Umsetzung der Agenda 2030, einem umfassenden Zukunftspakt mit Afrika und dem Ausbau der Entwicklungsfinanzierung kann durch verstärkte Hilfe vor Ort eine nachhaltige Entwicklung eingeleitet und vorangetrieben werden“, so die Sprecher der „AG Globale Verantwortung“ heute auf einer Pressekonferenz im Concordia Club Wien. Diese „Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe“ vertritt die Interessen von derzeit 35 österreichischen Nichtregierungsorganisationen, darunter die Caritas, das Österreichische Rote Kreuz, World Vision Österreich, Licht für die Welt und **Jugend Eine Welt**.

Zukunftspakt mit Afrika

70% der ärmsten Länder der Welt befinden sich in Afrika. Gerade diese Länder sind auch jene, die am meisten von den Folgen der Klimakrise betroffen sind, u.a. weil sie oftmals von der Landwirtschaft abhängig sind. Gleichzeitig haben sie am wenigsten zur Klimakrise beigetragen. „Richtige“ Entwicklungspolitik kann aber neue Lebensperspektiven für Menschen schaffen, in dem sie zu sozialer und politischer Stabilität beiträgt. Lebensperspektiven, die vielen Menschen gerade in Afrika derzeit fehlen.

„Afrika ist unser Nachbarkontinent. Es kann uns nur gut gehen, wenn es auch unserem Nachbarn gut geht. Daher müssen wir unsere bisherigen Beziehungen zu Afrika komplett neu denken. Es geht um Frieden und Rechtsstaatlichkeit, eine nachhaltige Landwirtschaft, die die Menschen ernähren kann, Bildung, Wirtschaft auf Augenhöhe, gute Jobs und funktionierende Sozialsysteme. Dafür brauchen wir, schon aus eigenem Interesse, einen starken Zukunftspakt mit Afrika“, betont Andreas Knapp, Generalsekretär Internationale Programme Caritas Österreich.

„Wir brauchen eine Politik mit den Ländern Afrikas, die auf aktuelle Herausforderungen proaktiv reagiert und aus Herausforderungen Chancen macht“, präzisiert **Jugend Eine Welt**-Geschäftsführer Reinhard Heiserer.

„Prognosen zufolge wird sich die Bevölkerung Afrikas bis 2050 auf zweieinhalb Milliarden verdoppeln. Österreich sollte verstärkt Bildungs- und Investitionsprogramme fördern, damit diese jungen Menschen in ihren Heimatländern gute Zukunftsperspektiven vorfinden. Eine gezielte Stärkung von Frauen und Mädchen hätte zudem den positiven Effekt, dass die Geburtenraten zurückgehen würden“, so Heiserer.

„Mit unseren Projekten und innovativen Ansätzen in der Entwicklungszusammenarbeit beseitigen wir Armut und Hunger in vielen Regionen, stärken Gemeinschaften und wirken gleichzeitig direkt oder indirekt der Klimakrise entgegen. Das mit dem Alternativnobelpreis ausgezeichnete Konzept Farmer Managed Natural Regeneration (FMNR) beispielsweise ist eine wirksame Methode, mit der Böden in trockenen Landstrichen wieder fruchtbar gemacht werden. Diese Wiederbegrünung hilft Mensch und Natur“, so Sebastian Corti, Geschäftsführer von World Vision Österreich.

Klimakrise und Konflikte steigern Bedarf an Humanitärer Hilfe

„Der Bedarf an humanitärer Hilfe steigt weltweit aufgrund von langanhaltenden Konflikten und der Klimakrise. Allein die Zahl der Menschen, die von klimabedingten Katastrophen betroffen sind, wird sich bis 2050 auf mehr als 200 Millionen pro Jahr verdoppeln“, sagt Rotkreuz-Generalsekretär Michael Opriesnig. „Österreich sollte deshalb ein Land sein, das die Finanzierung für Humanitäre Hilfe auf ein international übliches Niveau anhebt. Wenn nicht endlich mehr Geld in Katastrophenvorsorge und Risikominimierung investiert wird, werden die Kosten für das Nichtstun zu hoch sein.“ Neben der Erhöhung des Auslandskatastrophenfonds von 15 auf 60 Millionen Euro schlägt er einen Fonds für Investitionen in Katastrophenvorsorge und Risikominderung vor.

„Ein Ausbau der Entwicklungsfinanzierung ist auch eine Investition in Österreichs Zukunft. Wir können nur in Frieden und Sicherheit leben, wenn wir Ungerechtigkeit und Elend gerade auf unserem Nachbarkontinent beenden.“ ergänzt Annelies Vilim, Geschäftsführerin der AG Globale Verantwortung. „Dafür braucht es neben mehr Mittel für Humanitäre Hilfe auch entsprechend mehr Geld für langfristige Projekte, um beispielsweise einen Zukunftspakt mit Afrika zu realisieren. Die Verdoppelung der Mittel für die direkte Projekthilfe ist daher ein Gebot der Stunde. Letztlich wird Österreich sein Ansehen in der Welt aber vor allem dann stärken können, wenn wir das international vereinbarte Ziel, 0,7% des BNE für Entwicklungsleistungen zur Verfügung zu stellen, auch erreichen.“

Gesetzliche und organisatorische Rahmenbedingungen schaffen

„Mit der Agenda 2030 haben wir einen globalen Aktionsplan für eine bessere Welt auf einem gesunden Planeten in der Hand. Österreich hat diesen Plan selbst mit ausgearbeitet. Angesichts weltweiter Katastrophen und Klimakrise wird er jeden Tag dringlicher. Deshalb muss die Umsetzung dieses Aktionsplans auch Chefsache werden und eine Maxime bei der Fassung des kommenden Regierungsprogramms und des Budgets werden“, empfiehlt Sabine Prenn, Geschäftsführerin von Licht für die Welt in Österreich, der zukünftigen Bundesregierung.

Bis Ende 2020 sollte ein Stufenplan erarbeitet werden, der gesetzlich festlegt, wie Österreich bis 2030 dieses Ziel erreichen wird. Zusätzlich sei „eine neue, zentrale Stelle für globale und nachhaltige Entwicklung notwendig – in Form eines aufgewerteten Außenministeriums, eines eigenen Ministeriums oder eines Staatssekretariats, um den globalen Herausforderungen gerecht zu werden.“



Österreichs Ansehen in der Welt stärken und nachhaltige Entwicklung fördern

19.11.2019 ExpertInnen schlagen Maßnahmen zum Kurswechsel in der Entwicklungspolitik vor

Immer noch sind 3,4 Milliarden Menschen weltweit arm, 596 Millionen gelten sogar als extrem arm. 821 Millionen Menschen hungern weltweit. Die Klimakrise wird die ohnehin dramatische Lage für viele Menschen weiter verschärfen. Denn es sind gerade die ärmsten Menschen, die am meisten von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen sind. ExpertInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen sind ob dieser Zahlen alarmiert und appellieren an die künftige Bundesregierung, einen Kurswechsel hin zu einer engagierten Entwicklungspolitik zu vollziehen. Mit einer konsequenten Umsetzung der Agenda 2030, einem umfassenden Zukunftspakt mit Afrika und dem damit verbundenen notwendigen Ausbau der Entwicklungsfinanzierung, könnte Österreich seiner Verantwortung in der Welt gerecht werden. Österreich könne zu einem guten und sicheren Leben für alle auf einem gesunden Planeten beitragen und das Ansehen Österreichs in der Welt stärken: mit verstärkter Hilfe vor Ort eine nachhaltige Entwicklung vorantreiben.

Eine bessere Welt auf einem gesunden Planeten "Mit der Agenda 2030 haben wir einen globalen Aktionsplan für eine bessere Welt auf einem gesunden Planeten in der Hand. Österreich hat diesen Plan selbst mit ausgearbeitet. Angesichts weltweiter Katastrophen und Klimakrise wird er jeden Tag dringlicher. Deshalb muss die Umsetzung dieses Aktionsplans auch Chefsache werden und eine Maxime bei der Fassung des kommenden Regierungsprogramms und des Budgets werden", empfiehlt Sabine Prenn, Geschäftsführerin von Licht für die Welt in Österreich, der

zukünftigen Bundesregierung.

Beziehungen zu Afrika komplett neu denken: Zukunftspakt mit Afrika

Eine engagierte Entwicklungspolitik, mit ihren Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) und Humanitären Hilfe, kann zur Erreichung der in der Agenda 2030 definierten Ziele beitragen. Entwicklungspolitik schafft Lebensperspektiven für Menschen, in dem sie zu sozialer und politischer Stabilität beiträgt. Lebensperspektiven, die vielen Menschen gerade in Afrika derzeit fehlen. 70 % der ärmsten Länder der Welt befinden sich in Afrika. Gerade diese Länder sind auch jene, die am meisten von den Folgen der Klimakrise betroffen sind, u.a. weil sie oftmals von der Landwirtschaft abhängig sind. Gleichzeitig haben sie am wenigsten zur Klimakrise beigetragen.

"Afrika ist unser Nachbarkontinent. Es kann uns nur gut gehen, wenn es auch unserem Nachbarn gut geht. Daher müssen wir unsere bisherigen Beziehungen zu Afrika komplett neu denken. Es geht um Frieden und Rechtsstaatlichkeit, eine nachhaltige Landwirtschaft, die die Menschen ernähren kann, Bildung, Wirtschaft auf Augenhöhe, gute Jobs und funktionierende Sozialsysteme. Dafür brauchen wir, schon aus eigenem Interesse, einen starken Zukunftspakt mit Afrika!", betont Andreas Knapp, Generalsekretär Internationale Programme Caritas Österreich.

"Wir brauchen eine Politik mit den Ländern Afrikas, die auf aktuelle Herausforderungen proaktiv reagiert und aus Herausforderungen Chancen macht", präzisiert **Jugend Eine Welt**-Geschäftsführer Reinhard Heiserer. "Prognosen zufolge wird sich die Bevölkerung Afrikas bis 2050 auf zweieinhalb Milliarden verdoppeln. Österreich sollte verstärkt Bildungs- und Investitionsprogramme fördern, damit diese jungen Menschen in ihren Heimatländern gute Zukunftsperspektiven vorfinden. Eine gezielte Stärkung von Frauen und Mädchen hätte zudem den positiven Effekt, dass die Geburtenraten zurückgehen würden", so Heiserer.

"Mit unseren Projekten und innovativen Ansätzen in der Entwicklungszusammenarbeit beseitigen wir Armut und Hunger in vielen Regionen, stärken Gemeinschaften und wirken gleichzeitig direkt oder indirekt der Klimakrise entgegen. Das mit dem

Alternativenobelpreis ausgezeichnete Konzept Farmer Managed Natural Regeneration (FMNR) beispielsweise ist eine wirksame Methode, mit der Böden in trockenen Landstrichen wieder fruchtbar gemacht werden. Diese Wiederbegrünung hilft Mensch und Natur", so Sebastian Corti, Geschäftsführer von World Vision Österreich.

Klimakrise und Konflikte steigern Bedarf an Humanitärer Hilfe

"Der Bedarf an humanitärer Hilfe steigt weltweit aufgrund von langanhaltenden Konflikten und der Klimakrise. Allein die Zahl der Menschen, die von klimabedingten Katastrophen betroffen sind, wird sich bis 2050 auf mehr als 200 Millionen pro Jahr verdoppeln", sagt Rotkreuz-Generalsekretär Michael Opriesnig. "Österreich sollte deshalb ein Land sein, das die Finanzierung für Humanitäre Hilfe auf ein international übliches Niveau anhebt. Wenn nicht endlich mehr Geld in Katastrophenvorsorge und Risikominimierung investiert wird, werden die Kosten für das Nichtstun zu hoch sein." Neben der Erhöhung des Auslandskatastrophenfonds von 15 auf 60 Millionen Euro schlägt er einen Fonds für Investitionen in Katastrophenvorsorge und Risikominderung vor.

Entwicklungsfinanzierung als Investition in Österreichs Zukunft

"Ein Ausbau der Entwicklungsfinanzierung ist auch eine Investition in Österreichs Zukunft. Wir können nur in Frieden und Sicherheit leben, wenn wir Ungerechtigkeit und Elend gerade auf unserem Nachbarkontinent beenden." ergänzt Annelies Vilim, Geschäftsführerin der AG Globale Verantwortung. "Dafür braucht es neben mehr Mittel für Humanitäre Hilfe auch entsprechend mehr Geld für langfristige Projekte, um beispielsweise einen Zukunftspakt mit Afrika zu realisieren. Die Verdoppelung der Mittel für die direkte Projekthilfe ist daher ein Gebot der Stunde. Letztlich wird Österreich sein Ansehen in der Welt aber vor allem dann stärken können, wenn wir das international vereinbarte Ziel, 0,7% des BNE für Entwicklungsleistungen zur Verfügung zu stellen, auch erreichen. Bis Ende 2020 sollte ein Stufenplan erarbeitet werden, der gesetzlich festlegt, wie Österreich bis 2030 dieses Ziel erreichen wird." schließt Vilim.



Österreichs Ansehen in der Welt stärken – nachhaltige Entwicklung fördern

Pressekonferenz im Presseclub Concordia zu konkreten Maßnahmen zum Kurswechsel in der Entwicklungspolitik durch die neue Regierung

Immer noch sind 3,4 Milliarden Menschen weltweit arm, 596 Millionen gelten sogar als extrem arm. 821 Millionen Menschen hungern weltweit. Die Klimakrise wird die ohnehin dramatische Lage für viele Menschen weiter verschärfen. Denn es sind gerade die ärmsten Menschen, die am meisten von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen sind. ExpertInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen sind ob dieser Zahlen alarmiert und appellieren an die künftige Bundesregierung, einen Kurswechsel hin zu einer engagierten Entwicklungspolitik zu vollziehen. Mit einer konsequenten Umsetzung der Agenda 2030, einem umfassenden Zukunftspakt mit Afrika und dem damit verbundenen notwendigen Ausbau der Entwicklungsfinanzierung, könnte Österreich seiner Verantwortung in der Welt gerecht werden. Österreich könne zu einem guten und sicheren Leben für alle auf einem gesunden Planeten beitragen und das Ansehen Österreichs in der Welt stärken: mit verstärkter Hilfe vor Ort eine nachhaltige Entwicklung vorantreiben.

Eine bessere Welt auf einem gesunden Planeten

„Mit der Agenda 2030 haben wir einen globalen Aktionsplan für eine bessere Welt auf einem gesunden Planeten in der Hand. Österreich hat diesen Plan selbst mit ausgearbeitet. Angesichts weltweiter Katastrophen und Klimakrise wird er jeden Tag dringlicher. Deshalb muss die Umsetzung dieses Aktionsplans auch Chefsache werden und eine Maxime bei der Fassung des kommenden Regierungsprogramms und des Budgets werden“, empfiehlt Sabine Prenn, Geschäftsführerin von Licht für die Welt in Österreich, der zukünftigen Bundesregierung.

Beziehungen zu Afrika komplett neu denken: Zukunftspakt mit Afrika

Eine engagierte Entwicklungspolitik, mit ihren Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) und Humanitären Hilfe, kann zur Erreichung der in der Agenda 2030 definierten Ziele beitragen. Entwicklungspolitik schafft Lebensperspektiven für Menschen, in dem sie zu sozialer und politischer Stabilität beiträgt. Lebensperspektiven, die vielen Menschen gerade in Afrika derzeit fehlen. 70 % der ärmsten Länder der Welt befinden sich in Afrika. Gerade diese Länder sind auch jene, die am meisten von den Folgen der Klimakrise betroffen sind, u.a. weil sie oftmals von der Landwirtschaft abhängig sind. Gleichzeitig haben sie am wenigsten zur Klimakrise beigetragen.

„Afrika ist unser Nachbarkontinent. Es kann uns nur gut gehen, wenn es auch unserem Nachbarn gut geht. Daher müssen wir unsere bisherigen Beziehungen zu Afrika komplett neu denken. Es geht um Frieden und Rechtsstaatlichkeit, eine nachhaltige Landwirtschaft, die die Menschen ernähren kann, Bildung, Wirtschaft auf Augenhöhe, gute Jobs und funktionierende Sozialsysteme. Dafür brauchen wir, schon aus eigenem Interesse, einen starken Zukunftspakt mit Afrika!“, betont Andreas Knapp, Generalsekretär Internationale Programme Caritas Österreich.

„Wir brauchen eine Politik mit den Ländern Afrikas, die auf aktuelle Herausforderungen proaktiv reagiert und aus Herausforderungen Chancen macht“, präzisiert **Jugend Eine Welt**-Geschäftsführer Reinhard Heiserer. „Prognosen zufolge wird sich die Bevölkerung Afrikas bis 2050 auf zweieinhalb Milliarden verdoppeln. Österreich sollte verstärkt Bildungs- und Investitionsprogramme fördern, damit diese jungen Menschen in ihren Heimatländern gute Zukunftsperspektiven vorfinden. Eine gezielte Stärkung von Frauen und Mädchen hätte zudem den positiven Effekt, dass die Geburtenraten zurückgehen würden“, so Heiserer.

**Fortsetzung auf der
nächsten Seite**

„Mit unseren Projekten und innovativen Ansätzen in der Entwicklungszusammenarbeit beseitigen wir Armut und Hunger in vielen Regionen, stärken Gemeinschaften und wirken gleichzeitig direkt oder indirekt der Klimakrise entgegen. Das mit dem Alternativnobelpreis ausgezeichnete Konzept Farmer Managed Natural Regeneration (FMNR) beispielsweise ist eine wirksame Methode, mit der Böden in trockenen Landstrichen wieder fruchtbar gemacht werden. Diese Wiederbegrünung hilft Mensch und Natur“, so Sebastian Corti, Geschäftsführer von World Vision Österreich.

Klimakrise und Konflikte steigern Bedarf an Humanitärer Hilfe

„Der Bedarf an humanitärer Hilfe steigt weltweit aufgrund von langanhaltenden Konflikten und der Klimakrise. Allein die Zahl der Menschen, die von klimabedingten Katastrophen betroffen sind, wird sich bis 2050 auf mehr als 200 Millionen pro Jahr verdoppeln“, sagt Rotkreuz-Generalsekretär Michael Opriesnig. „Österreich sollte deshalb ein Land sein, das die Finanzierung für Humanitäre Hilfe auf ein international übliches Niveau anhebt. Wenn nicht endlich mehr Geld in Katastrophenvorsorge und Risikominimierung investiert wird, werden die Kosten für das Nichtstun zu hoch sein.“ Neben der Erhöhung des Auslandskatastrophenfonds von 15 auf 60 Millionen Euro schlägt er einen Fonds für Investitionen in Katastrophenvorsorge und Risikominderung vor.

Entwicklungsfinanzierung als Investition in Österreichs Zukunft

„Ein Ausbau der Entwicklungsfinanzierung ist auch eine Investition in Österreichs Zukunft. Wir können nur in Frieden und Sicherheit leben, wenn wir Ungerechtigkeit und Elend gerade auf unserem Nachbarkontinent beenden.“ ergänzt Annelies Vilim, Geschäftsführerin der AG Globale Verantwortung. „Dafür braucht es neben mehr Mittel für Humanitäre Hilfe auch entsprechend mehr Geld für langfristige Projekte, um beispielsweise einen Zukunftspakt mit Afrika zu realisieren. Die Verdoppelung der Mittel für die direkte Projekthilfe ist daher ein Gebot der Stunde. Letztlich wird Österreich sein Ansehen in der Welt aber vor allem dann stärken können, wenn wir das international vereinbarte Ziel, 0,7% des BNE für Entwicklungsleistungen zur Verfügung zu stellen, auch erreichen. Bis Ende 2020 sollte ein Stufenplan erarbeitet werden, der gesetzlich festlegt, wie Österreich bis 2030 dieses Ziel erreichen wird.“ schließt Vilim.



KATHOLISCHE KIRCHE
Erzdiözese Wien

Alleinerziehenden-Plattform zu Kinderrechten: Verfassung beachten

Politik muss für "bestmögliche Entwicklung und Entfaltung" von Kindern sorgen. Armutsgefährdung von 44 Prozent der Ein-Eltern-Familien "nicht akzeptabel". "Jugend Eine Welt" bei symbolischer "Kuchenverteilungsaktion" vor dem Ministerrat.

An Artikel 1 der Österreichischen Bundesverfassung hat die ökumenisch getragene Österreichische Plattform für Alleinerziehende (ÖPA) erinnert, um anlässlich des Internationalen Tages der Kinderrechte Chancengleichheit für alle Kinder einzufordern: "Jedes Kind hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge, die für sein Wohlergehen notwendig sind, auf bestmögliche Entwicklung und Entfaltung sowie auf die Wahrung seiner Interessen auch unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit", heißt es dort. Und: "Bei allen Kinder betreffenden Maßnahmen öffentlicher und privater Einrichtungen muss das Wohl des Kindes eine vorrangige Erwägung sein."

In ihrer Aussendung am Mittwoch betonte die ÖPA, dass der steigenden Kinderarmut "mit allen Mitteln entgegengewirkt werden" müsse, um allen Kindern eine Chance auf gerechte Teilhabe zu ermöglichen. Gesundheit, Bildung, Wohnen und finanzielle Sicherheit sind aus Sicht der ÖPA die Basis dafür. Es geht darum, Kindern ein Existenzminimum zuzugestehen, das neben dem materiellen Bedarf auch pädagogische und soziale Aspekte umfasst. "Ob dies im Rahmen einer Unterhaltsreform oder zusätzlich einer Kindergrundsicherung geschieht, dem stehen wir offen gegenüber", erklärte ÖPA-Vorsitzende Evelyn Martin.

Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung nicht akzeptabel

Im Blick auf die von ihr vertretene Bevölkerungsgruppe betonte sie, eine Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung von 44 Prozent der Familien mit alleinerziehendem Elternteil "ist nicht akzeptabel". Kinderarmut sei unmittelbar verknüpft mit der Armut der Eltern. Es müsse eine qualitative und leistbare Kinderbetreuung gesichert sein, damit Eltern einer Erwerbsarbeit nachgehen können. "Nur so kann verhindert werden, dass sich Armut von Generation zu Generation überträgt und vor allem Ein-Eltern-Familien automatisch schlechtere Lebensbedingungen und ihre Kinder weniger Chancen haben", wies Martin hin.

Die Plattform für Alleinerziehende pochte auch auf das in der Kinderrechtskonvention verankerte Recht auf adäquates Wohnen. "Es darf nicht sein, dass es in Österreich, einem der reichsten Länder der Welt, noch immer Kinder gibt, die in unzumutbaren Zuständen wohnen müssen." Die ÖPA-Vorsitzende appellierte an die künftige Regierung, alle Mittel zu ergreifen, um Kinderrechte zu stärken und der Kinderarmut entgegenzuwirken.

Die 1987 von Katholischer Frauenbewegung, Katholischem Familienwerk (heute "Forum Beziehung, Ehe und Familie") und Evangelischer Frauenarbeit gegründete Plattform für Alleinerziehende setzt sich seit mehr als 30 Jahren als unabhängige politische Interessenvertretung auf politischer und gesellschaftlicher Ebene für Ein-Eltern-Familien ein. Die ÖPA ist Mitglied im Familienpolitischen Beirat des Bundeskanzleramtes und Gründungsmitglied von "European Network of Single Parent Families" (ENoS).

"Jugend Eine Welt": Auch EZA-Beitrag gefragt

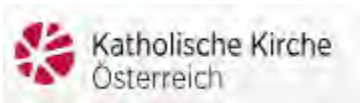
Die seit Jahren unterdotierte staatliche Entwicklungszusammenarbeit könnte und sollte zur Verwirklichung von Kinderrechten viel mehr beitragen, unterstrich indes das Hilfswerk "Jugend Eine Welt" in einer Aussendung am Mittwoch zum Welttag der Kinderrechte. Im "Schattenbericht" des Netzwerks Kinderrechte zum aktuell vom UN-Kinderrechtskomitee überprüften österreichischen Staatenbericht heiße es: "Österreich ist nicht nur aufgerufen, Kinderrechte durch Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit zu verwirklichen, sondern auch den Schutz von Kinderrechten in seinen sämtlichen internationalen Aktivitäten sicherzustellen."

Für Österreichs Landwirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik fehle derzeit ein Kinderrechtsansatz, zitierte "Jugend Eine Welt" weiter aus dem Bericht. Das bedeute, dass keine systematische und unabhängige Kinderrechtsverträglichkeitsprüfung erfolge bzw. es an Monitoring fehle, um die Auswirkungen österreichischer Politik und Projekte in Drittländern zu prüfen. Notwendig sei ein "Nationaler Aktionsplan für Kinderrechte", der gemeinsam mit Fachleuten zu entwickeln sei.

Kinderrechtliche Baustellen

"Jugend Eine Welt" nahm am Mittwoch an einer symbolischen "Kuchenverteilungsaktion" teil, die das Netzwerk Kinderrechte und die Bundesjugendvertretung vor dem Ministerrat am Wiener Ballhausplatz organisierten.

Anlässlich des 30-Jahr-Jubiläums der UN-Kinderrechtskonvention wurden den eintreffenden Ministern und Ministerinnen überdimensionale Tortenstücke mit Kinderrechte-Forderungen angeboten, gebe es doch in jedem Ressort "kinderrechtliche Baustellen" - von Jugend und Familie über Bildung bis zum Innen- und Außenministerium, wie Netzwerk-Sprecherin Elisabeth Schaffelhofer-Garcia Marquez bemängelte. Diese Themen gelte es rasch anzugehen, am besten durch einen Nationalen Aktionsplan Kinderrechte und die Einrichtung eines eigenen Kinder- und Jugendausschusses im Parlament.



Alleinerziehenden-Plattform zu Kinderrechten: Verfassung beachten

Politik muss für "bestmögliche Entwicklung und Entfaltung" von Kindern sorgen - Armutsgefährdung von 44 Prozent der Ein-Eltern-Familien "nicht akzeptabel" - "Jugend Eine Welt" bei symbolischer "Kuchenverteilungsaktion" vor dem Ministerrat

"Jugend Eine Welt": Auch EZA-Beitrag gefragt

Die seit Jahren unterdotierte staatliche Entwicklungszusammenarbeit könnte und sollte zur Verwirklichung von Kinderrechten viel mehr beitragen, unterstrich indes das Hilfswerk "Jugend Eine Welt" in einer Aussendung am Mittwoch zum Welttag der Kinderrechte. Im "Schattenbericht" des Netzwerks Kinderrechte zum aktuell vom UN-Kinderrechtskomitee überprüften österreichischen Staatenbericht heiße es:

„ *Österreich ist nicht nur aufgerufen, Kinderrechte durch Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit zu verwirklichen, sondern auch den Schutz von Kinderrechten in seinen sämtlichen internationalen Aktivitäten sicherzustellen.* „

Für Österreichs Landwirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik fehle derzeit ein Kinderrechtsansatz, zitierte "Jugend Eine Welt" weiter aus dem Bericht. Das bedeute, dass keine systematische und unabhängige Kinderrechtsverträglichkeitsprüfung erfolge bzw. es an Monitoring fehle, um die Auswirkungen österreichischer Politik und Projekte in Drittländern zu prüfen. Notwendig sei ein "Nationaler Aktionsplan für Kinderrechte", der gemeinsam mit Fachleuten zu entwickeln sei.

Kinderrechtliche Baustellen

"Jugend Eine Welt" nahm am Mittwoch an einer symbolischen "Kuchenverteilungsaktion" teil, die das Netzwerk Kinderrechte und die Bundesjugendvertretung vor dem Ministerrat am Wiener Ballhausplatz organisierten. Anlässlich des 30-Jahr-Jubiläums der UN-Kinderrechtskonvention wurden den eintreffenden Ministern und Ministerinnen überdimensionale Tortenstücke mit Kinderrechte-Forderungen angeboten, gebe es doch in jedem Ressort "kinderrechtliche Baustellen" - von Jugend und Familie über Bildung bis zum Innen- und Außenministerium, wie Netzwerk-Sprecherin Elisabeth Schaffelhofer-Garcia Marquez bemängelte. Diese Themen gelte es rasch anzugehen, am besten durch einen Nationalen Aktionsplan Kinderrechte und die Einrichtung eines eigenen Kinder- und Jugendausschusses im Parlament.



Alleinerziehenden-Plattform zu Kinderrechten: Verfassung beachten

Wien, 20.11.2019 (KAP) An Artikel 1 der Österreichischen Bundesverfassung hat die ökumenisch getragene Österreichische Plattform für Alleinerziehende (ÖPA) erinnert, um anlässlich des Internationalen Tages der Kinderrechte Chancengleichheit für alle Kinder einzufordern: "Jedes Kind hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge, die für sein Wohlergehen notwendig sind, auf bestmögliche Entwicklung und Entfaltung sowie auf die Wahrung seiner Interessen auch unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit", heißt es dort. Und: "Bei allen Kinder betreffenden Maßnahmen öffentlicher und privater Einrichtungen muss das Wohl des Kindes eine vorrangige Erwägung sein."

In ihrer Aussendung am Mittwoch betonte die ÖPA, dass der steigenden Kinderarmut "mit allen Mitteln entgegengewirkt werden" müsse, um allen Kindern eine Chance auf gerechte Teilhabe zu ermöglichen. Gesundheit, Bildung, Wohnen und finanzielle Sicherheit sind aus Sicht der ÖPA die Basis dafür. Es geht darum, Kindern ein Existenzminimum zuzugestehen, das neben dem materiellen Bedarf auch pädagogische und soziale Aspekte umfasst. "Ob dies im Rahmen einer Unterhaltsreform oder zusätzlich einer Kindergrundsicherung geschieht, dem stehen wir offen gegenüber", erklärte ÖPA-Vorsitzende Evelyn Martin.

Im Blick auf die von ihr vertretene Bevölkerungsgruppe betonte sie, eine Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung von 44 Prozent der Familien mit alleinerziehendem Elternteil "ist nicht akzeptabel". Kinderarmut sei unmittelbar verknüpft mit der Armut der Eltern. Es müsse eine qualitative und leistbare Kinderbetreuung gesichert sein, damit Eltern einer Erwerbsarbeit nachgehen können. "Nur so kann verhindert werden, dass sich Armut von Generation zu Generation überträgt und vor allem Ein-Eltern-Familien automatisch schlechtere Lebensbedingungen und ihre Kinder weniger Chancen haben", wies Martin hin.

Die Plattform für Alleinerziehende pochte auch auf das in der Kinderrechtskonvention verankerte Recht auf adäquates Wohnen. "Es darf nicht sein, dass es in Österreich, einem der reichsten Länder der Welt, noch immer Kinder gibt, die in unzumutbaren Zuständen wohnen müssen." Die ÖPA-Vorsitzende appellierte an die künftige Regierung, alle Mittel zu ergreifen, um Kinderrechte zu stärken und der Kinderarmut entgegenzuwirken. Die 1987 von Katholischer Frauenbewegung, Katholischem Familienwerk (heute "Forum Beziehung, Ehe und Familie") und Evangelischer Frauenarbeit gegründete Plattform für Alleinerziehende setzt sich seit mehr als 30 Jahren als unabhängige politische Interessenvertretung auf politischer und gesellschaftlicher Ebene für Ein-Eltern-Familien ein. Die ÖPA ist Mitglied im Familienpolitischen Beirat des Bundeskanzleramtes und Gründungsmitglied von "European Network of Single Parent Families" (ENoS).

"Jugend Eine Welt": Auch EZA-Beitrag gefragt

Die seit Jahren unterdotierte staatliche Entwicklungszusammenarbeit könnte und sollte zur Verwirklichung von Kinderrechten viel mehr beitragen, unterstrich indes das Hilfswerk "Jugend Eine Welt" in einer Aussendung am Mittwoch zum Welttag der Kinderrechte. Im "Schattenbericht" des Netzwerks Kinderrechte zum aktuell vom UN-Kinderrechtskomitee überprüften österreichischen Staatenbericht heiße es: "Österreich ist nicht nur aufgerufen, Kinderrechte durch Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit zu verwirklichen, sondern auch den Schutz von Kinderrechten in seinen sämtlichen internationalen Aktivitäten sicherzustellen."

Für Österreichs Landwirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik fehle derzeit ein Kinderrechtsansatz, zitierte "Jugend Eine Welt" weiter aus dem Bericht. Das bedeute, dass keine systematische und unabhängige Kinderrechtsverträglichkeitsprüfung erfolge bzw. es an Monitoring fehle, um die Auswirkungen österreichischer Politik und Projekte in Drittländern zu prüfen. Notwendig sei ein "Nationaler Aktionsplan für Kinderrechte", der gemeinsam mit Fachleuten zu entwickeln sei.

Kinderrechtliche Baustellen

"Jugend Eine Welt" nahm am Mittwoch an einer symbolischen "Kuchenverteilungsaktion" teil, die das Netzwerk Kinderrechte und die Bundesjugendvertretung vor dem Ministerrat am Wiener Ballhausplatz organisierten. Anlässlich des 30-Jahr-Jubiläums der UN-Kinderrechtskonvention wurden den eintreffenden Ministern und Ministerinnen überdimensionale Tortenstücke mit Kinderrechte-Forderungen angeboten, gebe es doch in jedem Ressort "kinderrechtliche Baustellen" - von Jugend und Familie über Bildung bis zum Innen- und Außenministerium, wie Netzwerk-Sprecherin Elisabeth Schaffelhofer-Garcia Marquez bemängelte. Diese Themen gelte es rasch anzugehen, am besten durch einen Nationalen Aktionsplan Kinderrechte und die Einrichtung eines eigenen Kinder- und Jugendausschusses im Parlament.



KirchenZeitung

Diözese Linz

30 Jahre Kinderrechtskonvention

Anlässlich des 30. Entstehungstags der UN-Kinderrechtskonvention haben Organisationen die Beseitigung bestehender Missstände angemahnt. Die Katholische Jungschar wies darauf hin, dass jedes fünfte Kind in Österreich armuts- und ausgrenzungsgefährdet sei.

Die kommende Regierung müsse wirksame Maßnahmen gegen die Kinderarmut setzen – etwa eine Überarbeitung der umstrittenen Mindestsicherungsreform. Die Armutskonferenz mahnte, dass sich rund um die Sozialhilfe (vormals Mindestsicherung) die Situation der Betroffenen noch weiter verschärfen könnte. Desolates Wohnen wirkt sich besonders hemmend auf Bildungschancen und die Gesundheit der Kinder aus. Die Aktion Leben erinnerte daran, dass Kinder auch vor der Geburt Schutz brauchen, wie es die Präambel der Kinderrechtskonvention festhält. Jugend Eine Welt fordert einen Nationalen Aktionsplan für Kinderrechte.

Der Artikel wurde sowohl in der Druck- als auch in der Onlineversion der Zeitung veröffentlicht!

Viele große Fortschritte, aber ...

Kinderrechte-Tag: **Jugend Eine Welt** zieht positive Bilanz aber weist auf Lücken der Umsetzung hin.

Zum Kinderrechte-Geburtstag zog auch die Hilfsorganisation „Jugend Eine Welt“ Bilanz darüber, welche Fortschritte in den vergangenen drei Jahrzehnten in Sachen Umsetzung von Kinderrechten erzielt werden konnten. Aber auch, was noch zu tun bleibt. „Es ist noch ungeheuer viel zu tun und auch in Österreich gibt es Handlungsbedarf“, so der Geschäftsführer Reinhard Heiserer. „Trotzdem ist das runde Jubiläum der Kinderrechtskonvention ein Grund zu feiern: Kein anderer Menschenrechtsvertrag hat so viel positive Resonanz gefunden wie dieser – alle Staaten der Welt, mit Ausnahme der USA, haben ihn ratifiziert. Und auch bei der konkreten Umsetzung der Kinderrechte ist in den vergangenen 30 Jahren viel weitergegangen.“

Ausgewählte Zahlen dazu

- Die Anzahl der Kinder, die keinen Zugang zu Volksschulbildung haben, sank von rund 120 Millionen Kindern im Jahr 1989 auf 59 Millionen im Jahr 2018
- Die Kindersterblichkeit konnte um mehr als die Hälfte reduziert werden: starben 1990 noch 12,6 Millionen Kinder in den ersten fünf Lebensjahren, waren es 2018 „nur“ mehr 5,3 Millionen
- Schädliche Kinderarbeit betraf um die Jahrtausendwende noch 245 Millionen Kinder. Bis 2018 sank die Zahl auf 152 Millionen, von denen 73 Millionen in besonders gefährlichen Bereichen arbeiten.
- Auch die grausame Genitalverstümmelung von Mädchen (FGM) ging zurück: 1995 waren mehr als 70 Prozent aller unter 14-jährigen Mädchen in Ostafrika davon betroffen, 2016 – noch immer – 8 Prozent.
- Mehr als 50 Länder haben sämtliche Körperstrafen für Kinder verboten. Vor 1989 gab es dazu nur in drei Ländern Gesetze.

„Auch wenn noch immer Millionen Kinder auf die Erfüllung ihrer Kinderrechte warten, zeigen diese Zahlen, dass große Fortschritte möglich sind, wenn die Erwachsenen ihre Verantwortung ernst nehmen“ ist Reinhard Heiserer überzeugt. „Die 2015 von der Weltgemeinschaft beschlossenen Nachhaltigen Entwicklungsziele werden diesbezüglich hoffentlich als Turbomotor wirken.“

Österreich soll Musterland werden

In Österreich sind viele Kinderrechte gut erfüllt, bei anderen gibt es Nachholbedarf, wie das UN-Kinderrechtskomitee bereits mehrfach im Rahmen seiner Staatenprüfung einmahnte. Derzeit wird Österreich bezüglich seiner Umsetzung der Kinderrechte neuerlich in Genf überprüft. Das österreichische „Netzwerk Kinderrechte“, dem Jugend Eine Welt als eine von 44 Organisationen angehört, hat nicht nur einen kritischen „Schattenbericht“ zum Staatenbericht der Bundesregierung vorgelegt, sondern auch anlässlich des 30-jährigen Jubiläums der Kinderrechtskonvention gemeinsam mit der Bundesjugendvertretung Empfehlungen an die künftige Regierung gerichtet.

„Die für uns wichtigste Forderung ist die nach einem Nationalen Aktionsplan für Kinderrechte“, sagt Reinhard Heiserer. „Er würde eine einzigartige Gelegenheit bieten, auf aktuelle Herausforderungen zu reagieren. Österreich könnte zum Musterland für Kinderrechte werden, in dem jedes Kind von klein auf über die eigenen Rechte Bescheid weiß. Sinnvoll wäre auch eine zentrale politische Stelle, die die Umsetzung der Kinderrechte koordiniert sowie die Einsetzung eines Kinder- und Jugendausschusses im Nationalrat. Ganz besonders wünschen wir uns zudem im Rahmen der Kampagne „Kinderarbeit stoppen“ neue Gesetze, die eine bessere Kontrolle der Herstellungsbedingungen von Produkten verordnen, in denen häufig Kinderarbeit steckt. Wir alle können mithelfen, damit Kinderrechte Wirklichkeit werden.“

www.jugendeinewelt.at/kinderarbeit



Alleinerziehenden-Plattform zu Kinderrechten

Die Österreichische Plattform Alleinerziehende (ÖPA), die sich 1987 aus mehreren christlichen Initiativen zusammengeschlossen hat, mahnt die Politik, sich bezüglich der Rechte von Kindern an die erfassung zu halten.

Die ökumenisch getragene Plattform erinnerte anlässlich des Internationalen Tages der Kinderrechte an Artikel 1 der Österreichischen Bundesverfassung. „Jedes Kind hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge, die für sein Wohlergehen notwendig sind, auf bestmögliche Entwicklung und Entfaltung sowie auf die Wahrung seiner Interessen auch unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit“, heißt es dort.

Und: „Bei allen Kinder betreffenden Maßnahmen öffentlicher und privater Einrichtungen muss das Wohl des Kindes eine vorrangige Erwägung sein.“ In ihrer Aussendung am Mittwoch betonte die ÖPA, dass der steigenden Kinderarmut „mit allen Mitteln entgegengewirkt werden“ müsse, um allen Kindern eine Chance auf gerechte Teilhabe zu ermöglichen.

Unterhaltsreform oder Kindergrundsicherung

Gesundheit, Bildung, Wohnen und finanzielle Sicherheit sind aus Sicht der ÖPA die Basis dafür. Es geht darum, Kindern ein Existenzminimum zuzugestehen, das neben dem materiellen Bedarf auch pädagogische und soziale Aspekte umfasst. „Ob dies im Rahmen einer Unterhaltsreform oder zusätzlich einer Kindergrundsicherung geschieht, dem stehen wir offen gegenüber“, erklärte die ÖPA-Vorsitzende Evelyn Martin.

Im Blick auf die von ihr vertretene Bevölkerungsgruppe betonte sie, eine Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung von 44 Prozent der Familien mit alleinerziehendem Elternteil „ist nicht akzeptabel“. Kinderarmut sei unmittelbar verknüpft mit der Armut der Eltern. Es müsse eine qualitative und leistbare Kinderbetreuung gesichert sein, damit Eltern einer Erwerbsarbeit nachgehen können. „Nur so kann verhindert werden, dass sich Armut von Generation zu Generation überträgt und vor allem Ein-Eltern-Familien automatisch schlechtere Lebensbedingungen und ihre Kinder weniger Chancen haben“, wies Martin hin.

Kinderarmut bekämpfen

Die Plattform für Alleinerziehende pochte auch auf das in der Kinderrechtskonvention verankerte Recht auf adäquates Wohnen. „Es darf nicht sein, dass es in Österreich, einem der reichsten Länder der Welt, noch immer Kinder gibt, die in unzumutbaren Zuständen wohnen müssen.“ Die ÖPA-Vorsitzende appellierte an die künftige Regierung, alle Mittel zu ergreifen, um Kinderrechte zu stärken und der Kinderarmut entgegenzuwirken.

Die 1987 von Katholischer Frauenbewegung, Katholischem Familienwerk (heute „Forum Beziehung, Ehe und Familie“) und Evangelischer Frauenarbeit gegründete Plattform für Alleinerziehende setzt sich seit mehr als 30 Jahren als unabhängige politische Interessenvertretung auf politischer und gesellschaftlicher Ebene für Ein-Eltern-Familien ein. Die ÖPA ist Mitglied im Familienpolitischen Beirat des Bundeskanzleramtes und Gründungsmitglied von „European Network of Single Parent Families“ (ENoS).

„Jugend Eine Welt“: Auch EZA-Beitrag gefragt

Die seit Jahren unterdotierte staatliche Entwicklungszusammenarbeit könnte und sollte zur Verwirklichung von Kinderrechten viel mehr beitragen, unterstrich indes das Hilfswerk „Jugend Eine Welt“ in einer Aussendung am Mittwoch zum Welttag der Kinderrechte. Im „Schattenbericht“ des Netzwerks Kinderrechte zum aktuell vom UN-Kinderrechtskomitee überprüften österreichischen Staatenbericht heiße es: „Österreich ist nicht nur aufgerufen, Kinderrechte durch Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit zu verwirklichen, sondern auch den Schutz von Kinderrechten in seinen sämtlichen internationalen Aktivitäten sicherzustellen.“

Für Österreichs Landwirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik fehle derzeit ein Kinderrechtsansatz, zitierte „Jugend Eine Welt“ weiter aus dem Bericht. Das bedeute, dass keine systematische und unabhängige Kinderrechtsverträglichkeitsprüfung erfolge bzw. es an Monitoring fehle, um die Auswirkungen österreichischer Politik und Projekte in Drittländern zu prüfen. Notwendig sei ein „Nationaler Aktionsplan für Kinderrechte“, der gemeinsam mit Fachleuten zu entwickeln sei.

Kinderrechtliche Baustellen

„Jugend Eine Welt“ nahm am Mittwoch an einer symbolischen „Kuchenverteilungsaktion“ teil, die das Netzwerk Kinderrechte und die Bundesjugendvertretung vor dem Ministerrat am Wiener Ballhausplatz organisierten.

Anlässlich des 30-Jahr-Jubiläums der UNO-Kinderrechtskonvention wurden den eintreffenden Ministern und Ministerinnen überdimensionale Tortenstücke mit Kinderrechte-Forderungen angeboten, gebe es doch in jedem Ressort „kinderrechtliche Baustellen“ - von Jugend und Familie über Bildung bis zum Innen- und Außenministerium, wie Netzwerk-Sprecherin Elisabeth Schaffelhofer-Garcia Marquez bemängelte. Diese Themen gelte es rasch anzugehen, am besten durch einen Nationalen Aktionsplan Kinderrechte und die Einrichtung eines eigenen Kinder- und Jugendausschusses im Parlament.



Verbesserungen vor allem in Armutsbekämpfung wichtig

30 Jahre Kinderrechtskonvention

Anlässlich des 30. Entstehungstags der UN-Kinderrechtskonvention haben Organisationen die Beseitigung bestehender Missstände angemahnt. Die Katholische Jungschar wies darauf hin, dass jedes fünfte Kind in Österreich armuts- und ausgrenzungsgefährdet sei. Die kommende Regierung müsse wirk-same Maßnahmen gegen die Kinderarmut setzen – etwa eine Überarbeitung der um-strittenen Mindestsicherungsreform. Die Armutskonferenz mahnte, dass sich rund

um die Sozialhilfe (vormals Mindestsiche-rung) die Situation der Betroffenen noch weiter verschärfen könnte. Desolates Woh-nen wirkt sich besonders hemmend auf Bildungschancen und die Gesundheit der Kinder aus. Die aktion leben erinnerte dar-an, dass Kinder auch vor der Geburt Schutz brauchen, wie es die Präambel der Kinder-rechtskonvention festhält. **Jugend Eine Welt** fordert einen Nationalen Aktionsplan für Kinderrechte.



Ladies Crime Night im Café Melange

(red). Sieben österreichische Krimiautorinnen lesen am Krampustag, den 5. Dezember, ab 19 Uhr im Buchcafé Melange in der Reindorfgasse 42 zugunsten des Hilfsvereins „Jugend Eine Welt“ aus ihren Texten. Der Eintritt kostet 5 Euro, eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Weitere Infos gibt es unter 0677/619 70 528 oder auf www.buchcafe-melange.com



Romana Ledl freut sich schon auf den Krampustag.

Foto: uka



Österreicher spenden 2019 erstmals 700 Millionen Euro

Das Spendenaufkommen in Österreich wird 2019 erstmals die 700 Millionen Euro Marke erreichen und damit um 2,2 Prozent über jenem des Jahres 2018 liegen.

Österreicher spenden im Schnitt 78 Euro. Heimische Bevölkerung gibt doppelt so viel wie vor zehn Jahren.

Auch wenn mit den Weihnachtstagen die gebefreudigste Zeit des Jahres noch aussteht – das diesjährige Spendenaufkommen in Österreich wird heuer erstmals die 700 Millionen Euro Marke erreichen und damit um 2,2 Prozent über jenem des Jahres 2018 liegen.

Diese Prognose stellte Günther Lutschinger, Geschäftsführer des Fundraising Verbands Austria (FVA), bei der Präsentation des zehnten Spendenberichtes des Dachverbands der Spendenorganisationen am Mittwoch, 27. November 2019 in Wien. Die heimische Bevölkerung gebe damit doppelt so viel wie vor zehn Jahren, die Spendenbeteiligung bleibe auf Rekordniveau. An der nahmen auch Bernhard Hofer vom Sozialforschungsinstitut "Public Opinion" und Jakob Maierhofer-Wieser, Geschäftsführer der Dreikönigsaktion, teil.

Freilich: Die "vielzitierten Spendenweltmeister" seien die Österreicher nicht, verwies Lutschinger auf deutlich höhere Pro-Kopf-Spenden in der Schweiz, in Großbritannien, Skandinavien und erst recht im Vergleich mit den hier führenden Ländern USA, Myanmar und Neuseeland. Aber das österreichische Spendenwesen habe sich vor allem seit Einführung der Spendenabsetzbarkeit kontinuierlich weiterentwickelt. Knapp zwei Drittel der Bevölkerung spende, und das in einer Höhe von durchschnittlich 113 Euro. Nimmt man die Gesamtbevölkerung als Maßstab, spenden die Österreicher im Schnitt 78 Euro.

Die Spender in den drei westösterreichischen Bundesländern erwiesen sich mit durchschnittlich 113 Euro als besonders spendabel, Wien mit 99 Euro und die Steiermark sowie Kärnten lägen hier mit 100 Euro pro Spender klar darunter, erläuterte Sozialforscher Hofer. Wien liege jedoch mit einem Spenderanteil von 71 Prozent bei der Spendenbeteiligung voran. Lutschinger nannte Österreich ein "Land der Kleinspender", großes Mäzenatentum wie anderswo sei hier viel weniger ausgeprägt.

Rotes Kreuz und Caritas voran

Bei den Spendenzielein sind den Österreichern – und hier besonders den älteren, besonders großzügigen Spendern – bundesweit eindeutig Kinder, Tiere und die Soforthilfe bei Katastrophen am wichtigsten, erklärte Hofer. Für heuer zeichne sich ab, dass Zuwendungen für Tiere hier die Spitze übernehmen werden. Bei den spendenempfangenden Non-Profit-Organisationen lag 2018 das Rote Kreuz mit 73 Mio. Euro an der Spitze, gefolgt von der Caritas mit 72 Mio. Deren Einbuße von fast 6 Mio. Euro gegenüber 2017 erklärte Lutschinger mit Schwankungen, die mit besonderen Katastrophen oder Krisen zu tun hätten.

Deutlich hinter den Top 2 im Ranking liegen SOS Kinderdorf mit 37 Mio. Euro, "Ärzte ohne Grenzen" (24) und die Dreikönigsaktion (DKA) der Katholischen Jungschar (18). Bei den unter den besten 30 NPOs gereihten kirchlichen Organisationen fällt auf, dass die DKA wie auch "Missio", "Jugend Eine Welt", "Sei so frei" der Katholischen Männerbewegung und die Schwesterngemeinschaft Caritas Socialis von 2017 auf 2018 kleinere Einbußen beim Spendenaufkommen verzeichneten.

Bereits drei von vier der 100 größten NPOs tragen das Österreichische Spendengütesiegel, wies Günther Lutschinger hin. Österreich sei somit eines der sichersten Spendenländer. Um die Entwicklung des gemeinnützigen Sektors auch für die kommenden Jahre sicherzustellen, forderte der FVA-Geschäftsführer von der nächsten Bundesregierung das Schließen von Lücken bei der 2017 eingeführten Spendenabsetzbarkeit: 94 Prozent aller Spenden seien hierzulande steuerbegünstigt, unter die verbleibenden 6 Prozent entfielen Zuwendungen für Bildung, Tierschutz und Sport.

Besonderes Augenmerk gilt im Spendenbericht 2019 der Jugend: Sie zeige sich besonders gegenüber Bettlern und Obdachlosen freigiebig und engagiere sich lieber für Projekte als für bestimmte Organisationen. Und auch wenn die traditionelle Erlagscheinspende immer noch am wichtigsten für das Aufkommen ist – Online-Spenden werden immer wichtiger, nicht zuletzt durch die internetaffinen jungen Spender.

Sternsingen der Jungschar ist "Lebensschule"

Bemerkenswert: Rund 2,3 Millionen Menschen in Österreich engagieren sich laut dem Spendenbericht ehrenamtlich in weit über 100.000 Vereinen und Spendenorganisationen. Darunter unzählige Jugendliche, etwa die 85.000 Sternsingerinnen und Sternsinger, die jährlich zu großzügigen Spenden im Rahmen der Dreikönigsaktion motivieren. "Durch diesen großartigen ehrenamtlichen Einsatz von vornehmlich Kindern und Jugendlichen können wir über einer Million Menschen in Not helfen", betonte DKA-Vertreter Jakob Maierhofer-Wieser. Dies sei ein "starkes Zeichen für die große Solidarität in unserem Land" und habe auch einen Nachhaltigkeitseffekt als "Lebensschule", sich für eine gute Sache zu engagieren und so auch als Erwachsener zum sozialen Zusammenhalt beizutragen. Hingewiesen wurde bei der Pressekonferenz auf dem "GivingTuesday" am 3. Dezember, der gerade auch von Jugendlichen als Kontrast zum "Konsumwahn" des "Black Friday" gesehen werde, wie Lutschinger sagte. Millionen Menschen auf der ganzen Welt feiern am kommenden Dienstag das Geben – 2019 erstmals in größerem Rahmen auch in Österreich: Mehr als 80 Unternehmen und Spendenorganisationen sowie viele Privatpersonen engagieren sich an diesem Tag mit kreativen Spendenaktionen, ehrenamtlichen Mitarbeiteraktivitäten sowie Geld- und Sachspenden. Der "Tag des Gebens" wird unterstützt von Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein.



Österreicher spenden 2019 erstmals 700 Millionen Euro

Wien, 27.11.2019 (KAP) Auch wenn mit den Weihnachtstagen die gebefreudigste Zeit des Jahres noch aussteht - das diesjährige Spendenaufkommen in Österreich wird heuer erstmals die 700 Millionen Euro Marke erreichen und damit um 2,2 Prozent über jenem des Jahres 2018 liegen. Diese Prognose stellte Günther Lutschinger, Geschäftsführer des Fundraising Verbands Austria (FVA), bei der Präsentation des zehnten Spendenberichtes des Dachverbands der Spendenorganisationen. Die heimische Bevölkerung gebe damit doppelt so viel wie vor zehn Jahren, die Spendenbeteiligung bleibe auf Rekordniveau. An der Pressekonferenz am Mittwoch in Wien nahmen auch Bernhard Hofer vom Sozialforschungsinstitut "Public Opinion" und Jakob Maierhofer-Wieser, Geschäftsführer der Dreikönigsaktion, teil.

Freilich: Die "vielzitierten Spendenweltmeister" seien die Österreicher nicht, verwies Lutschinger auf deutlich höhere Pro-Kopf-Spenden in der Schweiz, in Großbritannien, Skandinavien und erst recht im Vergleich mit den hier führenden Ländern USA, Myanmar und Neuseeland. Aber das österreichische Spendenwesen habe sich vor allem seit Einführung der Spendenabsetzbarkeit kontinuierlich weiterentwickelt. Knapp zwei Drittel der Bevölkerung spende, und das in einer Höhe von durchschnittlich 113 Euro. Nimmt

man die Gesamtbevölkerung als Maßstab, spenden die Österreicher im Schnitt 78 Euro.

Die Spender in den drei westösterreichischen Bundesländern erwiesen sich mit durchschnittlich 113 Euro als besonders spendabel, Wien mit 99 Euro und die Steiermark sowie Kärnten lagen hier mit 100 Euro pro Spender klar darunter, erläuterte Sozialforscher Hofer. Wien liege jedoch mit einem Spenderanteil von 71 Prozent bei der Spendenbeteiligung voran. Lutschinger nannte Österreich ein "Land der Kleinspender", großes Mäzenatentum wie anderswo sei hier viel weniger ausgeprägt.

Rotes Kreuz und Caritas voran

Bei den Spendenzielen sind den Österreichern - und hier besonders den älteren, besonders großzügigen Spendern - bundesweit eindeutig Kinder, Tiere und die Soforthilfe bei Katastrophen am wichtigsten, erklärte Hofer. Für heuer zeichne sich ab, dass Zuwendungen für Tiere hier die Spitze übernehmen werden. Bei den spendenempfangenden Non-Profit-Organisationen lag 2018 das Rote Kreuz mit 73 Mio. Euro an der Spitze, gefolgt von der Caritas mit 72 Mio. Deren Einbuße von fast 6 Mio. Euro gegenüber 2017 erklärte Lutschinger mit Schwankungen, die mit besonderen Katastrophen oder Krisen zu tun hätten.

Deutlich hinter den Top 2 im Ranking liegen SOS Kinderdorf mit 37 Mio. Euro, "Ärzte ohne Grenzen" (24) und die Dreikönigsaktion (DKA) der Katholischen Jungschar (18). Bei den unter den besten 30 NPOs gereihten kirchlichen Organisationen fällt auf, dass die DKA wie auch "Missio", "Jugend Eine Welt", "Sei so frei" der Katholischen Männerbewegung und die Schwesterngemeinschaft Caritas Socialis von 2017 auf 2018 kleinere Einbußen beim Spendenaufkommen verzeichneten.

Bereits drei von vier der 100 größten NPOs tragen das Österreichische Spendengütesiegel, wies Günther Lutschinger hin. Österreich sei somit eines der sichersten Spendenländer. Um die Entwicklung des gemeinnützigen Sektors auch für die kommenden Jahre sicherzustellen, forderte der FVA-Geschäftsführer von der nächsten Bundesregierung das Schließen von Lücken bei der 2017 eingeführten Spendenabsetzbarkeit: 94 Prozent aller Spenden seien hierzulande steuerbegünstigt, unter die verbleibenden 6 Prozent entfielen Zuwendungen für Bildung, Tierschutz und Sport.

Besonderes Augenmerk gilt im Spendenbericht 2019 der Jugend: Sie zeige sich besonders gegenüber Bettlern und Obdachlosen freigiebig und engagiere sich lieber für Projekte als für bestimmte Organisationen. Und auch wenn die traditionelle Erbschenspende immer noch am wichtigsten für das Aufkommen ist - Online-Spenden werden immer wichtiger,

nicht zuletzt durch die internetaffinen jungen Spender.

Sternsingen der Jungschar ist "Lebensschule"

Bemerkenswert: Rund 2,3 Millionen Menschen in Österreich engagieren sich laut dem Spendenbericht ehrenamtlich in weit über 100.000 Vereinen und Spendenorganisationen. Darunter unzählige Jugendliche, etwa die 85.000 Sternsingerinnen und Sternsinger, die jährlich zu großzügigen Spenden im Rahmen der Dreikönigsaktion motivieren. "Durch diesen großartigen ehrenamtlichen Einsatz von vornehmlich Kindern und Jugendlichen können wir über einer Million Menschen in Not helfen", betonte DKA-Vertreter Jakob Maierhofer-Wieser. Dies sei ein "starkes Zeichen für die große Solidarität in unserem Land" und habe auch einen Nachhaltigkeitseffekt als "Lebensschule", sich für eine gute

Sache zu engagieren und so auch als Erwachsener zum sozialen Zusammenhalt beizutragen.

Hingewiesen wurde bei der Pressekonferenz auf dem "GivingTuesday" am 3. Dezember, der gerade auch von Jugendlichen als Kontrast zum "Konsumwahn" des "Black Friday" gesehen werde, wie Lutschinger sagte. Millionen Menschen auf der ganzen Welt feiern am kommenden Dienstag das Geben - 2019 erstmals in größerem Rahmen auch in Österreich: Mehr als 80 Unternehmen und Spendenorganisationen sowie viele Privatpersonen engagieren sich an diesem Tag mit kreativen Spendenaktionen, ehrenamtlichen Mitarbeiteraktivitäten sowie Geld- und Sachspenden. Der "Tag des Gebens" wird unterstützt von Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein. (Info: Spendenbericht 2019 online im Pressebereich auf www.fundraising.at)



Entwicklungspolitische Tagung in Wien: Bildung im Fokus

Am Donnerstag fand eine entwicklungspolitische Tagung im Wiener Rathaus statt. Das Thema Bildung stand dabei im Mittelpunkt

"Die globalen Ziele der Agenda 2030 sind eine große Herausforderung und der Zeithorizont ist knapp." Das sagte Peter Hanke (SPÖ), Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales bei der entwicklungspolitischen Tagung im Wiener Rathaus am Donnerstag.

Bildung in Wien sei ein Kernbereich

Zahlreiche Sprecher wiesen auf die gravierende globale Situation der Bildung hin und plädierten für mehr Inklusion und Bildungsgerechtigkeit.

"Auch Wien verspürt eine Verantwortung, Entwicklungsbereiche zu unterstützen - die Bildung ist für uns ein Kernbereich", sagte Hanke. "Wir werden in den nächsten zehn Jahren über 70 Millionen Euro in die Infrastruktur stecken, um die Breitenbildung bestmöglich abzudecken."

Weltweit 260 Millionen Kinder ohne Zugang zur Bildung

Natalie Pihak vom Südwind Magazin betonte, dass weltweit 260 Millionen Kinder keinen Zugang zur Bildung haben würden. Vor allem zwei größere Gruppen je 30 Millionen Kinder - jene in den Konfliktländern und jene mit Behinderungen - würden stark darunter leiden.

Im Bildungsbereich gebe es auf der globalen Ebene immer mehr Akteure und verschiedenste Finanzierungsmodelle. "Wir sind trotzdem noch sehr weit von den Zielen der Agenda 2030 entfernt", sagte Bilal Barakat von Global Education Monitoring Report bei der UNESCO. Wichtig sei nicht nur, dass der Zugang zur Grundschulbildung steigt, sondern dass die Qualität der Bildungsinhalte gut ist. "Weltweit gibt es mehr Kinder, die in der Schule die Grundlagen nicht erlernen als Kinder, die gar nicht in die Schule gehen". Bei großen Teilen der Bevölkerung in armen Ländern wie Nigeria liege die Schulabschlussrate bei unter 20 Prozent. Barakat nannte eine noch gravierendere Zahl: Nur 0,5 Prozent der globalen Ausgaben für Bildung würden in die Länder mit niedrigem Einkommen fließen.

Bildungskrise sei zum Teil auch eine Folge des kolonialistischen Erbes und des Neoliberalismus. Die Kolonialmächte beuteten ihre Kolonien aus und verursachten dadurch die Ressourcenknappheit, den Klimawandel und die Armut. "Die Einheimischen lebten jahrhundertlang im Einklang mit der Natur. Diese Harmonie und das Wissen der Bevölkerung gingen durch den Kolonialismus verloren", so Leon Tikly, Professor und Forscher an der Universität Bristol. Er plädierte für eine inklusive Bildung, die nicht von anderen Zielen der Agenda 2030 getrennt wäre und für einen stärkeren Fokus auf die Umwelt.

"Jugend eine Welt" als Beispiel für funktionierendes Bildungsprojekt

Ein Beispiel für ein funktionierendes Bildungsprojekt brachte Irita Opara, Programmkoordinatorin der österreichischen Hilfsorganisation "Jugend eine Welt". Die NGO errichtete in den vergangenen Jahren mehrere Berufsschulen für Solarausbildung und Photovoltaik in Äthiopien und Uganda. Die Sub-Sahara sei eine besonders stark betroffene Region, der demografische Druck sei enorm, die Armut nehme trotz des Wirtschaftswachstums zu. Viele Projekte und Investitionen würden von chinesischen Unternehmen kommen, die oft ihre eigenen Fach- und Arbeitskräfte engagieren würden. Darum sei auch eine fachliche Ausbildung vor Ort wesentlich.

Ein weiteres Bildungsprojekt stellte Flutra Gorana dar. Das Can't Wait to Learn Programm der NGO War Child, das auf einem Tablet-Spiel basiert, feiere vor allem in den Flüchtlingslagern im Libanon große Erfolge. Bereits 9.000 Kindern im Libanon habe dieses Programm zu Grundkenntnissen von Mathematik und Schreiberwerb verholfen.



Entwicklungspolitische Tagung zu Bildungssituation - "Weit weg von Zielen der Agenda 2030"

"Die globalen Ziele der Agenda 2030 sind eine große Herausforderung und der Zeithorizont ist knapp." Das sagte Peter Hanke (SPÖ), Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales bei der Entwicklungspolitischen Tagung im Wiener Rathaus.

Zahlreiche Sprecher wiesen auf die gravierende globale Situation der Bildung hin und plädierten für mehr Inklusion und Bildungsgerechtigkeit.

"Auch Wien verspürt eine Verantwortung, Entwicklungsbereiche zu unterstützen - die Bildung ist für uns ein Kernbereich", sagte Hanke. "Wir werden in den nächsten zehn Jahren über 70 Millionen Euro in die Infrastruktur stecken, um die Breitenbildung bestmöglich abzudecken."

Natalie Plhak vom Südwind Magazin betonte, dass weltweit 260 Millionen Kinder keinen Zugang zur Bildung haben würden. Vor allem zwei größere Gruppen je 30 Millionen Kinder - jene in den Konfliktländern und jene mit Behinderungen - würden stark darunter leiden.

Zugang und Qualität

Im Bildungsbereich gebe es auf der globalen Ebene immer mehr Akteure und verschiedenste Finanzierungsmodelle. "Wir sind trotzdem noch sehr weit von den Zielen der Agenda 2030 entfernt", sagte Bilal Barakat von Global Education Monitoring Report bei der UNESCO. Wichtig sei nicht nur, dass der Zugang zur Grundschulbildung steigt, sondern dass die Qualität der Bildungsinhalte gut ist. "Weltweit gibt es mehr Kinder, die in der Schule die Grundlagen nicht erlernen als Kinder, die gar nicht in die Schule gehen". Bei großen Teilen der Bevölkerung in armen Ländern wie Nigeria liege die Schulabschlussrate bei unter 20 Prozent. Barakat nannte eine noch gravierendere Zahl: Nur 0,5 Prozent der globalen Ausgaben für Bildung würden in die Länder mit niedrigem Einkommen fließen.

Bildungskrise sei zum Teil auch eine Folge des kolonialistischen Erbes und des Neoliberalismus. Die Kolonialmächte beuteten ihre Kolonien aus und verursachten dadurch die Ressourcenknappheit, den Klimawandel und die Armut. "Die Einheimischen lebten jahrhundertlang im Einklang mit der Natur. Diese Harmonie und das Wissen der Bevölkerung gingen durch den Kolonialismus verloren", so Leon Tikly, Professor und Forscher an der Universität Bristol. Er plädierte für eine inklusive Bildung, die nicht von anderen Zielen der Agenda 2030 getrennt wäre und für einen stärkeren Fokus auf die Umwelt.

Solarausbildung in der Sub-Sahara

Ein Beispiel für ein funktionierendes Bildungsprojekt brachte Irita Opara, Programmkoordinatorin der österreichischen Hilfsorganisation "Jugend eine Welt". Die NGO errichtete in den vergangenen Jahren mehrere Berufsschulen für Solarausbildung und Photovoltaik in Äthiopien und Uganda. Die Sub-Sahara sei eine besonders stark betroffene Region, der demografische Druck sei enorm, die Armut nehme trotz des Wirtschaftswachstums zu. Viele Projekte und Investitionen würden von chinesischen Unternehmen kommen, die oft ihre eigenen Fach- und Arbeitskräfte engagieren würden. Darum sei auch eine fachliche Ausbildung vor Ort wesentlich.

Ein weiteres Bildungsprojekt stellte Flutra Gorana dar. Das Can't Wait to Learn Programm der NGO War Child, das auf einem Tablet-Spiel basiert, feiere vor allem in den Flüchtlingslagern im Libanon große Erfolge. Bereits 9.000 Kindern im Libanon habe dieses Programm zu Grundkenntnissen von Mathematik und Schreiberwerb verholfen.



JUGEND EINE WELT

ARBEITSBEREICHE

Projektförderung

Volontariat

Bildungsarbeit

Faire Geldveranlagung

Spenden und Helfen



Jugend Eine Welt Österreich

Münichreiterstraße 31, 1130 Wien

Tel. +43 1 879 07 07

Fax +43 1 879 07 07-15

office@jugendeinewelt.at

www.jugendeinewelt.at

Spendenkonto:

Raiffeisen Landesbank Tirol

IBAN: AT66 3600 0000 0002 4000

www.jugendeinewelt.at



**JUGEND
EINE
WELT**